



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

KOMMENTAR

Es braucht eine starke FPÖ

Die FPÖ hat vom Wähler die Rechnung präsentiert bekommen für die Fehlentwicklungen, die in den letzten Monaten offenbar geworden sind. Daher ist der Absturz vollkommen zu Recht erfolgt.

Seite 10



Nationalratswahl und Koalitionen: Wie geht es jetzt weiter für die Bauern?

Seiten 8-9

DONAUBRÜCKEN ANTWORTEN

Nachdem vor allem die Linzer ÖVP die Schwierigkeiten beim Bau der neuen Donaubrücke kritisiert hat, reagierte Vizebürgermeister Hein.

Seite 6

HEIMISCHE LANDWIRTE UNTERSTÜTZEN

Beim Bundesparteitag in Graz stellte die FPÖ Oberösterreich einen richtungsweisenden Antrag für die heimische Landwirtschaft.

Seite 14-15

AGRARREPORTAGE PLANZENSCHUTZMITTEL

Während manche Kampf-Ökos den Umweltschutz zu einer Religion hochstilisieren, werden Fakten in den Hintergrund gedrängt.

Seiten 18-19

AGRARPOLITISCHER HERBST

Die aufgekündigte Regierung und die aktuelle innenpolitische Situation haben erhebliche negative Rückwirkungen auf die Landwirtschaft.

Seite 23

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 04/19 (26.10.19)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Freiheitliche Bauernschaft OO, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info

SANKTIONEN HELFEN RUSSLANDS LANDWIRTSCHAFT

Mit einem Einfuhrstopp für EU-Lebensmittel reagierte Russland vor fünf Jahren auf die Sanktionen wegen des Ukraine-Konflikts. Davon profitiert hat vor allem die russische Landwirtschaft. Die Abhängigkeit von Importen ist gesunken.



MILCHPREIS: USA DROHEN MIT STRAFZÖLLEN AUF EU-KÄSE

Die aktuelle Diskussion um Strafzölle zwischen der EU und den USA könnte auch Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft haben. So drohen die USA jüngst mit Strafzöllen etwa auf Käse und andere Milchprodukte aus der EU.



GLYPHOSAT: EU-SCHUTZREGELN SIND AUSREICHEND

Der EuGH hat entschieden: Die Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und die Zulassung von – unter anderem glyphosathaltigen – Pflanzenschutzmitteln sind gültig und widersprechen nicht dem Vorsorgeprinzip.



Fotos (3): pixabay.com

NATIONALRAT BESCHLOSS ABLEHNUNG DES PAKTES

Mercosur ist bald Geschichte

Der Nationalrat hat mit den Stimmen von FPÖ, SPÖ, der Liste JETZT und überraschend auch der ÖVP die EU-Vertreter zur Ablehnung des Mercosur-Abkommens verpflichtet. Da Entscheidungen im EU-Rat einstimmig fallen müssen, dürfte das Abkommen also Geschichte sein.

FPÖ-Chef Norbert Hofer bedankte sich bei SPÖ und ÖVP für deren „Kooperation bei diesem wichtigen Thema“, bei dem es „keinen Kniefall vor den Interessen der Industrie geben“ dürfe. „Das Mercosur-Abkommen ist Geschichte“, verwies er auf das Einstimmigkeitsprinzip für Entscheidungen im Rat der Europäischen Union. Auch der Handelsverband bewertete das Nein zum Freihandelsabkommen als „wichtigen Erfolg“.

Für das Mercosur-Abkommen hatten sich in Österreich die Industriellenvereinigung (IV), die Wirtschaftskammer (WKÖ), die NEOS und auch der ÖVP-Wirtschaftsbund ausgesprochen. Deziert dagegen waren von Anfang an die FPÖ, sowie Umweltschutzorganisationen, Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Arbeiterkammer (AK).

Eines der Hauptargumente gegen das Abkommen ist die wesentlich umweltschonendere Produktionsweise in Österreich im Gegensatz zur Agrarindustrie in Südamerika.

Kritiker bringen die Produktion von Rindfleisch in Südamerika in direkten Zusammenhang mit der Abholzung des Regenwaldes. Gleichzeitig befürchten die heimischen Landwirte Wettbewerbsnachteile durch die massenhafte Einfuhr von südamerikanischem Rindfleisch. Auch in

anderen EU-Mitgliedsstaaten ist das Abkommen umstritten: Frankreich, Irland, Spanien und Polen sind ebenfalls starke Kritiker. Spanische Zitrusfruchtbauern fordern etwa besondere Kontrollen beim Import von Früchten aus Ländern in Südamerika, weil diese von bestimmten Schädlingen befallen sein könnten. Hingewiesen wird auch auf Pflanzengifte, die in der EU verboten sind, und über Lebensmittel-Importe zu uns kommen könnten.



DIE RINDFLEISCH-PRODUKTION IN SÜDAMERIKA HAT VIELE NEGATIVE WIRKUNGEN AUF DIE EU.

Foto: pixabay.com

LKÖÖ-PRÄSIDENTIN LANGER-WENINGER FORDERT:

Entlastungen für Bauern

Die neue LKÖÖ-Präsidentin Michaela Langer-Weninger fordert eine Steuerreform für Landwirte und echte Verbesserung der Situation der heimischen bäuerlichen Betriebe.

Vor allem die Unsicherheit bezüglich der kommenden Regierungskoalition macht den Bauernvertretern zunehmend Sorgen. LKÖÖ-Präsidentin Langer-Weninger fordert daher eine Abkehr von populistischen Ansätzen, wie das beim Glyphosatverbot der Fall gewesen sei. Ob dies etwa im Falle einer ÖVP-Grünen-Regierung zu erwarten ist, darf bezweifelt werden.

„An diesem Beispiel zeigt sich, wohin parlamentarische Entscheidungen führen, die

nicht von Fakten, sondern ausschließlich von populistischen politischen Motiven geleitet sind“, kritisiert Langer-Weninger den Beschluss des Totalverbots.

Neben dem Kampf gegen diese „wirtschaftliche Wettbewerbsverzerrung“ hat für die Präsidentin die Umsetzung der bereits geplanten Steuerreform oberste Priorität.



DEUTSCHLAND WILL BAUERN VERPFLICHTEN

Düngemittelbedarf melden

Die EU hat Druck auf Deutschland ausgeübt, damit die Bauern ihren Düngemittelverbrauch verpflichtend melden sollen. Ziel sei eine Senkung der Nitratbelastung des Bodens. Als positives Beispiel wird Dänemark genannt, wo der Düngemittelverbrauch den Behörden zwecks Kontrolle gemeldet werde. Wegen dieser



Maßnahme sei die Nitratbelastung seit 1980 um die Hälfte gesunken. Man wolle seitens der EU eine „Stoffstrombilanz“, die die Zufuhr von nährstoffhaltigem Dünger auf einem Betrieb mit dessen Abgabe an pflanzlichen oder tierischen Nährstoffen gegenrechnet, um so die Nährstoffüberschüsse des Betriebs zu kontrollieren.

Foto: pixabay.com



Foto: pixabay.com

DISKUSSION UM HERKUNFTSKENNZEICHNUNG GEHT WEITER

Handel für Kennzeichnung

Der Vizepräsident des Handelsverbands und REWE-Aufsichtsrat, Frank Hensel, sprach sich bei einer Diskussion für eine durchgehende Herkunftskennzeichnung aus.

„Der Handel hat längst erkannt, dass sich die Konsumentinnen und Konsumenten nach regionaler Herkunft sehnen“, so der Vizepräsident des Handelsverbands und REWE-Aufsichtsratsmitglied, Frank Hensel. Er halte es zudem für wichtig, anders zu sein als der Weltmarkt und „den Weg der Differenzierung weiterzugehen“. „Wir dürfen nicht runtergehen mit den Standards, ganz im Gegenteil“, meinte der Vizepräsident.

Im Hinblick auf die Herkunftskennzeichnung sagte

Hensel: „Wir vom Handelsverband sind zu 100% dafür.“ Der massive Widerstand komme vonseiten der Lebensmittelindustrie. Er sieht auch alle anderen Sektoren – insbesondere die Gastronomie – gefordert, verstärkt auszuweisen, woher die Produkte kommen. Das REWE-Aufsichtsratsmitglied sprach sich dagegen aus, diesen Bereich von der Politik regeln zu lassen. „Dass der Handel unser Partner ist, wenn es um Herkunftskennzeichnung geht, nehme ich sehr gerne mit. Wir sollten es allerdings

nicht übertreiben, sodass wir am Schluss gar nichts zustande bringen“, betonte LK-Präsident Josef Moosbrugger in der Diskussion. „Insbesondere bei Verarbeitungsprodukten müssen wir eine bessere Kennzeichnung der Rohstoffherkunft erreichen. Hier gibt es zu viele Trittbrettfahrer“, unterstrich der LK-Präsident.

„Es geht nicht darum, den Ursprung von Salz und Pfeffer auszuweisen, sondern woher die Rohstoffe kommen, die 50% oder mehr des Produkts ausmachen.“ Damit wäre schon viel gewonnen, so der Interessenvertreter. Er unterstützt damit eine langjährige freiheitliche Forderung.

DIE AGES UNTERSUCHT REGELMÄSSIG LEBENSMITTEL:

Weniger Rückstände

Wie die AGES mitteilte, nehmen die Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln immer weiter ab. Mehr als die Hälfte der untersuchten Lebensmittel sind inzwischen frei von Rückständen. Höchstwert-Überschreitungen gab es heuer in

weniger als drei Prozent der Proben. Europaweit harmonisierte, gesetzliche Höchstwerte, Pflanzenschutzmittel-Reduktionsprogramme von Handelsketten und eine verbesserte Agrarpraxis haben seit dem Jahr 2008 zu der Abnahme geführt.



IMMER WENIGER RÜCKSTÄNDE VON PFLANZENSCHUTZMITTELN IN LEBENS- MITTELN MELDET DIE AGES.

Foto: pixabay.com



KOMMENTAR

Helga Maislinger

DIE KLIMAKRISE UND DIE BAUERN

„Die einzige Konstante ist die Veränderung.“ Heraklit hat das vor zweieinhalbtausend Jahren schon bemerkt. Bei der Wetterentwicklung der letzten Jahre bemerken wir eine starke Veränderung. Die Statistik über eine längere Wetterentwicklung nennt sich das Klima. Wenn wir jetzt von der Klimakrise sprechen, reden wir genau genommen von einer Krise der Statistik.

Wenn aber nun die Landwirtschaft als Hauptverursacher des Klimawandels genannt wird, dann muss in aller Deutlichkeit die fehlende Sachlichkeit eingemahnt werden! Das Gegenteil ist nämlich der Fall. In der Landwirtschaft wird vier mal mehr CO₂ verbraucht als produziert. Welche Branche kann das noch von sich behaupten? Zudem hat die österreichische Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren den CO₂ Ausstoß um 20% reduziert und beim wichtigsten CO₂-Speicher, dem Humus, eine positive Entwicklung. Industrielle Großlandwirtschaft, wie wir sie bei uns nicht haben wollen, kann das nicht leisten, soviel steht fest. Was wir brauchen, ist eine glaubwürdige Agrarpolitik, mit der unsere kleinteilige, in Kreisläufen bewirtschaftete und damit klimaschonende oberösterreichische Landwirtschaft, das auch in Zukunft leisten kann. Dazu braucht es eine Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe, mit mehr Ausgleichszahlungen für die ersten 20ha. Und keinesfalls Kürzungen bei Zahlungen für Umweltleistungen an die Landwirte. Das stärkt die Bauern und das Klima.

FPÖ-FORDERUNG VON 1.200 EURO PRO MONAT UMGESETZT

Mindestpension kommt

Seit zehn Jahren fordert die FPÖ immer wieder eine Mindestpension, um mehr Gerechtigkeit und Fairness für die Pensionisten zu erreichen. Vor allem die Bekämpfung der Altersarmut ist den Freiheitlichen ein Anliegen. Jetzt beschloss der Nationalrat endlich die Verbesserungen.

Der Österreichische Seniorenring mit seinen Vertretern hat immer wieder über den FPÖ-Seniorensprecher im Parlament entsprechende Anträge in den letzten Jahren gestellt. Jetzt waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt, da sich bei einer Nationalratssitzung im Juli eine entsprechende parlamentarische Mehrheit für den FPÖ-Vorstoß fand. Die Einführung einer Mindestpension von 1.200 Euro beziehungsweise 1.500 Euro bei Ehepartnern und geleisteten vierzig Beitragsjahren ist ein durchschlagender freiheitlicher Erfolg und ein Meilenstein in der österreichischen Sozialpolitik.

Unter den SPÖ-Ministern Hundstorfer und Stöger

konnte diese berechtigte Forderung nicht umgesetzt werden. Die SPÖ hatte nämlich die Annahme dieses Antrags bereits vor zehn Jahren abgelehnt. Dies hat nunmehr zur

Folge, dass rückgerechnet einem Pensionisten ein dadurch entstandener Schaden von bis zu 50.000 Euro zu Buche steht, den alleine die SPÖ zu verantworten hat.

Etwa 45.000 Personen werden ab 1. Jänner 2020 von der neuen Regelung profitieren. Das bedeutet Anerkennung für unsere Pensionisten die Österreich aufgebaut haben.



NACH LANGEN JAHREN WURDE
ENDLICH EINE MINDESTPENSION
VON 1.200 EURO ERREICHT.



GESETZLICHE REGELUNG

13. und 14. Gehalt wurde fixiert

Der FPÖ-Antrag, das 13. und 14. Monatsgehalt für Unselbstständige gesetzlich zu verankern und abzusichern wurde im Nationalrat angenommen. Gerade diese Sonderzahlungen sind laut einer IFES-Umfrage für Österreichs Angestellte von besonderer Wichtigkeit, decken sie doch notwendige Ausgaben oder sichern den wohlverdienten Urlaub. Im Gegensatz zu anderen Ländern im europäischen Raum, gibt es das Weihnachts- und Urlaubsgeld bei uns in fast jedem Kollektivvertrag, eine Errungenschaft der Gewerkschaft, die es auch gesetzlich abzusichern gilt.

NÄCHSTE BUNDESREGIERUNG MUSS HANDELN

FPÖ fordert Nullzuwanderung ins Sozialsystem

FPÖ-Chef Norbert Hofer stellte an eine zukünftige Bundesregierung die Forderung, dass die Nullzuwanderung in das Sozialsystem ein Ziel sein müsse.

„Die Migrationskrise im Jahr 2015 hat gezeigt, dass keine qualifizierten Zuwanderer zu uns gekommen sind, sondern großteils Migranten

ohne Grundbildung und ohne überhaupt lesen und schreiben zu können. Ein Großteil dieser Personengruppe wird unser Sozialsystem auf Dauer be-

lasten. Daher sollte bereits jetzt intensiv überprüft werden, ob auch bei anerkannten Asylwerbern noch immer ein Asylgrund besteht oder diese wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Denn Asyl bedeutet Schutz auf Zeit und keine Daueraufenthaltsurlaubnis in Österreich“, so Hofer.

Hofer verweist auf die dramatischen Migrationsströme von der Türkei nach Griechenland. Allein in diesem Monat seien über 3.000 Migranten in Griechenland angekommen.



Foto: pixabay.com



UNSERE SOLDATEN BRAUCHEN
UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE POLITIK.

KATASTROPHALER ZUSTAND UND FINANZIELLE AUSHUNGERUNG

Bundesheer am Ende?

Der jüngste Zustandsbericht des Bundesheeres zeigt erneut auf, wie schlecht es um unser Heer bestellt ist. Obwohl die Bedrohungsszenarien, etwa durch systemische Terrorangriffe, Cyber-Attacken, Massenmigration, Pandemien, akuter und kom-

plexer werden, ist das Heer kaum noch in der Lage, seine Aufgaben in vollem Umfang zu erfüllen, heißt es im Bericht. Die chronische Unterfinanzierung ist einer der Hauptgründe für die zunehmende Handlungsunfähigkeit des Heeres.

Foto: pixabay.com

Foto: ihekr.com/7th Army Training Command (CC BY 2.0)

DIE NATIONALRATSWAHL BRACHTE ÜBERRASCHUNGEN

Denkzettel und Neuanfang

Die Nationalratswahl ist geschlagen und brachte böse Überraschungen und strahlende Sieger. Für die FPÖ setzte es einen herben Denkzettel durch den Wähler, doch auch die Sozialdemokraten mussten Federn lassen.

„Ich bin über das Ergebnis enttäuscht, aber nicht überrascht. Wenn man zehn Prozentpunkte verliert, dann hat man keinen Auftrag zu regieren“, so FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner noch am Wahlabend. „Man hat in der FPÖ aber schon größere Krisen überstanden, nun heißt es Ärmel aufkrempleln und weiterarbeiten.“ Und weiter: „Wir werden in den Ländern und Gemeinden Kraft schöpfen, indem wir unsere Themen weiter konsequent bearbeiten, um die verlorene Glaubwürdigkeit bei den Menschen wiederzugewinnen.“

Auch Bundesparteiobmann Norbert Hofer zeigte sich „nicht begeistert“ über das Wahlergebnis. Er kündigte eine Neuaufstellung der Partei an: „Es wird eine modernere Partei, lassen Sie sich überraschen.“ Die Doppelspitze bei der Parteiführung werde jedenfalls bleiben. Die Partei müsse nun aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Deutlich war Hofer bei der Frage Opposition oder Regierung: „Wir bereiten uns auf die Opposition vor.“

Für den großen Wahlsieger ÖVP wird damit die Suche nach einem geeigneten Koalitionspartner schwer. Trotz des historisch besten Ergebnisses der Volkspartei wurde das bürgerliche Lager insgesamt durch den hohen Verlust der FPÖ geschwächt. Kurz hat nun entweder die Möglichkeit, ein schwarz-grünes Experiment zu wagen, oder gemeinsam mit der ebenfalls angeschlagenen SPÖ wieder zur großen Koalition zurückzukehren.

Beide Varianten bergen Risiken für die ÖVP und nicht zuletzt für die Karriere von Se-

bastian Kurz. Wenn man mit den Grünen zusammengeht, dann könnte dies nicht nur das Ende des migrationskritischen Kurses der Volkspartei bedeuten, sondern auch weitere Belastungen und Steuern – Stichwort: CO₂-Steuer. Der schwarze Wirtschaftsflügel und der Bauernbund werden darüber nicht begeistert sein. Auch einer Koalition mit der SPÖ haftet der Geruch des Stillstandes an, zumal es ja genau Sebastian Kurz war, der die letzte große Koalition im Jahr 2017 platzen ließ. Beide Varianten könnten dazu geeignet sein, die Marke Sebastian Kurz zu entzaubern, oder zu beschädigen. Keine guten Aussichten für bürgerliche Politik in Österreich.



DIE FPÖ WILL AUS FEHLERN DER VERGANGENHEIT LERNEN.

Foto: pixabay.com Bildkomposition: Der Freie Bauer

Fotos (3): pixabay.com

ASYLWERBER SOLLEN IHRE QUARTIERE SELBST REINIGEN

Die FPÖ fordert, dass der Steuerzahler nicht länger für die Reinigungskosten von Asylquartieren aufkommen soll. Es sei nicht einzusehen, warum man von Asylwerbern nicht erwarten könne, selbst für Sauberkeit in ihren Unterkünften zu sorgen.



NORBERT HOFER: GRATIS MUSIKSCHULEN GEFORDERT

Rund 120.000 Kinder in Österreich besuchen derzeit eine Musikschule. Diese Zahl will FP-Chef Norbert Hofer deutlich steigern, und zwar mit einem Gratis-Angebot für Interessenten, damit es nicht von der finanziellen Situation abhängt.



FLUCHT AUF PRIVATSCHULEN WIRD ZUM PROBLEM

Statistiken zeigen, dass jedes zehnte Kind auf einer privaten Schule ist, in Wien ist es bereits jedes fünfte. Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder wegen der Zustände an öffentlichen Schulen, lieber an private Einrichtungen.



EU-KOMMISSION ZEIGT WENIG INITIATIVE

Untätigkeit bei Asylzentren

Der EU-Rat beschloss 2018 sowohl sogenannte „Anlandeplattformen“ in Nordafrika für Migranten, die auf See aufgegriffen werden, als auch Asylzentren auf EU-Gebiet einzurichten. In diesen Zentren sollen Asylentscheidungen rasch getroffen werden und die Menschen von dort auch direkt wieder in die Ausgangs- bzw. Hei-

matländer zurückgebracht werden. Geschehen ist bisher in dieser Richtung aber nicht viel. Jetzt macht der freiheitliche Delegationsleiter im EU-Parlament, Harald Vilimsky Druck: „Wir müssen uns darauf konzentrieren, dass möglichst wenige kommen und die, die kein Recht haben, hier zu sein, auch rasch wieder gehen.“



Foto: fs-media/Schobesberger

UMWELTSCHUTZ MIT HAUSVERSTAND

FPÖ gegen CO₂-Steuer

Die FPÖ spricht sich klar gegen eine geplante CO₂-Steuer aus, da der Erfolg solcher Maßnahmen zweifelhaft sei. Umwelt- und Naturschutz geht auch ohne billigen Klimapopulismus. Anreize und Gebote statt Verbote müssen der Wegweiser in die Zukunft sein. Nur so kann den Klimaveränderungen wirksam begegnet



Foto: pixabay.com

werden. Die Umsetzung der Nahverkehrsmilliarde sowie die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf erneuerbare Energieträger seien sinnvollere Maßnahmen und zeugten von Hausverstand. Finanzielle Anreize, Investitionen in die bestehende Infrastruktur sowie Bewusstseinsbildung helfen weitaus mehr, als Verbote.

VOLKSPARTEI WILL MEDIZINER STRAFEN STATT FÖRDERN

Strafen für Akademiker?

Die ÖVP ließ im Wahlkampf mit „kreativen“ Forderungen aufhören. Besonders interessant waren die Planungen der Türken, Medizin-Absolventen, die das Land verlassen wollen, um im Ausland eine Praxis zu eröffnen, mit Straf-



zahlungen zu belegen. Anstatt die Bedingungen zur Niederlassung für junge Mediziner in Österreich zu verbessern, will die ÖVP lieber junge Akademiker bestrafen, die keine berufliche Zukunft in ihrem Heimatland sehen.

STADTRAT RAML ZEIGT SICH ERFREUT

Polizeiliche Schutzzonen in Linz zeigen Wirkung

An drei Linzer Brennpunkten gelten seit 2018 Schutzzonen: im Hessenpark, am Hinsenkampplatz und um das Kremplhochhaus an der Wienerstraße.

„Schutzzonen erlauben der Polizei ein schärferes Durchgreifen. Die Zahlen beweisen, dass sich diese bewährt haben“, erklärt der freiheitliche Linzer Sicherheitsstadtrat Michael Raml und führt näher aus: „Bisher sprach die Polizei im Jahr 2019 insgesamt 218 Betretungsverbote in den drei Schutzzonen aus. 18 Anzeigen folgten aufgrund des Missachtens dieser Betretungsverbote. Auch acht Waffen wurden in der Waffenverbotszone am Hinsenkampplatz abgenommen“, informiert

der Sicherheitsstadtrat. „Diese Zahlen beweisen einmal mehr die große Wirkung der Schutzzonen! Das konsequente Vorgehen der Polizei – mehrere Kontrollen täglich und darüber hinaus regelmäßige Präsenz – bewährt sich!“ Sehr erfreulich ist die Entwicklung der Schutzzone am Hinsenkampplatz. Anfänglich sprach die Polizei dort die meisten Betretungsverbote aus. Mittlerweile ist dort die „ruhigste“ der drei Schutzzonen. „Offensichtlich hat es sich auch in der ‚Dealer-Szene‘ herumgesprochen, dass hart durchgegriffen wird! In den Schutzzonen reicht bereits ein ‚begründeter Verdacht‘ um Personen wegzuweisen und man muss nicht wie zuvor auf ‚frischer Tat ertappt‘ werden“, so Raml.



SICHERHEITS-STADTRAT MICHAEL RAML
ZEIGTE SICH ZUFRIEDEN MIT DEN SCHUTZZONEN.

TROTZ RÜCKSCHLÄGEN VOLL IM ZEITPLAN

Donaubrücken Antworten

Nachdem vor allem die Linzer ÖVP die Schwierigkeiten beim Bau der neuen Donaubrücke kritisiert hat, reagierte der zuständige Vizebürgermeister Hein.

Es gab eine Verzögerung, die die Stahlkonstruktion betrifft, weil die beauftragte Planung fehlerhaft war. In der französischen Ausschreibungsplanung wurde die vertraglich geforderte Ermüdungsfestigkeit zu wenig berücksichtigt. Einzelne Brückenteile wären auf eine zu geringe Anzahl an Lastwechsel ausgelegt gewesen. Die normgemäße Nutzungsdauer hätte sich möglicherweise von 100 Jahren auf 50 Jahre reduziert. Bei der Ausführungsplanung, die von einem Linzer Ziviltechniker gemacht wurde,

ist dies zu Tage gekommen. 500 Tonnen Stahl wurden zu wenig eingerechnet. Deshalb musste umgeplant und beim Tragwerk nachgebessert werden. Die Tiefbauarbeiten und die globale Tragfähigkeit waren von dem Problem, das seit März 2019 gelöst ist, nie betroffen.

„Wenn nunmehr die ÖVP mit Gehässigkeiten und Wahlkampfgetöse versucht, die Situation zu ihrem Vorteil zu nutzen, vertritt sie (wie so oft) nicht die städtischen Interessen. In einem perfiden Doppelspiel kritisiert der selbsternannte ÖVP-Pendlersprecher das Linzer Brückenprojekt medial, während seine Parteifreunde auf Landesebene den Linzer Verkehrsausbau mit späten Finanzierungszusagen sogar behindern“, kritisierte Hein die Linzer ÖVP.



FPÖ-VIZEBÜRGERMEISTER MARKUS
HEIN REAGIERTE AUF KRITIK AM
FORTSCHRITT DER DONAUBRÜCKE.

FPÖ-FORDERUNG DURCH HOFER NEU BELEBT:

Mehr Haft in der Heimat

FPÖ-Parteichef Norbert Hofer will die Initiative „Haft in der Heimat“ weiter vorantreiben, mit der ausländische Häftlinge schon jetzt ihre Haftstrafen in ihrem Herkunftsland absitzen sollen. „Leider ist seitens des ÖVP geführten Justizministeriums bei der Maßnahme Haft in der Heimat nicht sehr viel weitertgegangen“, meint

Hofer. Und weiter: „Die FPÖ will die Haft in der Heimat prioritär behandeln und raschestmöglich realisieren.“

Im Jahr 2018 wurden etwa knapp 100 Straftäter in ihr Heimatland überstellt, um

dort eine von einem österreichischen Gericht verhängte Haftstrafe abzusitzen. Es geht vor allem darum, die Täter auszuweisen.



GRÖSSTE ENTLASTUNG FÜR ARBEITNEHMER SEIT JAHREN

Steuerreform soll kommen

Die ehemaligen Koalitionspartner haben den ersten Teil der ursprünglich geplanten Steuerreform auf den Weg gebracht. Neben ÖVP und FPÖ stimmten auch die NEOS dem Gesetzesantrag zu. Das Steuerreformgesetz 2020 sieht unter anderem eine Entlastung niedrigerer Einkommen vor.



NOCH VOR DER WAHL WURDE DAS STEUERREFORMGESETZ 2020 VON FPÖ, ÖVP UND NEOS BESCHLOSSEN.

Durch eine höhere Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge (Negativsteuer) und eine Erhöhung des Verkehrsabsatzbetrags soll Geringverdienern mehr Netto vom Brutto bleiben. Bis zu einem maximalen Jahreseinkommen von 21.500 € wird Steuerpflichtigen ab 2020 zusätzlich zur bisherigen Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge ein „Sozialversicherungsbonus“ von 300 € gewährt. Auch Pensionisten winkt eine höhere Negativsteuer sowie ein höherer Absatzbetrag. Selbstständige und Bauern müssen künftig - unabhängig von ihrem Einkommen - geringere Krankenversicherungsbeiträge zahlen. Die Krankenversicherungsbeiträge der Gewerbetreibenden und Landwirte sollen auf 6,8% gesenkt werden. Die Differenz von 0,85% soll der Bund übernehmen. Durch eine Anpassung im Finanzausgleichsgesetz wird sichergestellt, dass die Kosten nicht

zu Lasten der Länder gehen. Entlastet werden durch die Steuerreform 2020 auch Kleinunternehmer. Deren Unternehmen werden dann erst ab 35.000 € (bisher 30.000 €) umsatzsteuerpflichtig. Zudem sind eine einfache Pauschalierung für Kleinunternehmen sowie eine Verdoppelung der betraglichen Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 800 € geplant. Diesen Maßnahmen erteilten alle Fraktionen ihre Zustimmung. Weitere Elemente des Steuerreformgesetzes sind die Senkung der Umsatzsteuer auf E-Books auf 10% sowie Steuerbegünstigungen für erneuerbare Energie wie Wasserstoff, Biogas und durch Photovoltaik erzeugter Strom. Ein begleitend zur Steuerreform angenommener Gesetzesantrag sieht vor, dass die im Zuge der Sozialversicherungs-Organisationsreform geschaffenen Stiftungen von

der Einkommenssteuer, von der Körperschaftssteuer und von der Stiftungseinkommensteuer befreit werden. Die FPÖ zeigte sich zufrieden über die Umsetzung des ersten Teils der von den ehemaligen Koalitionspartnern geplanten Steuerreform sowie die Hoffnung, weitere ursprünglich angedachte Elemente in Zukunft in Umsetzung bringen zu können.

LEBENSMITTEL SOLLEN NICHT IN DEN ABFALL

Wegwerfen verboten!

Die ÖVP übernahm eine Forderung der Freiheitlichen Bauern, das Wegwerfen von Lebensmitteln für Supermärkte stärker zu sanktionieren. Dafür ernteten die Schwarzen umgehend Kritik aus den eigenen Vorfeldorganisationen. Vor allem die Wirtschaftskammer zeigte sich nur wenig erfreut von der Idee ihrer schwar-



zen Freunde. Derzeit bucht der Handel pro Jahr rund 80.000 Tonnen an Produkten aus, nur 12.000 Tonnen würden an Bedürftige weitergegeben.

Dass diese Verbote in einigen europäischen Ländern - etwa Frankreich - bereits erfolgreich bestehen, scheint die Kammer in der Diskussion zu übersehen.

PVA SCHÄTZT KOSTEN FÜR REFORM GERINGER EIN

Nach Schätzungen der PVA kostet die beschlossene Abschaffung der Abschläge nach 45 Beitragsjahren zwischen 40 bis 70 Millionen Euro und widerspricht damit der ÖVP. Zuvor war noch von 380 Millionen Euro die Rede gewesen.



KICKL ENTDECKTE DATENLECK IM INNENMINISTERIUM

Jahrelang gab es ein Datenleck im ÖVP-geführten Innenministerium. Programmierer eines externen IT-Unternehmens dürften über Jahre hinweg Zugriff auf sensible Daten gehabt haben. Erst Herbert Kickl schloss im März 2019 diese Lücke.



DEMO-VERBOTSZONEN IN WIEN GEFORDERT

Die Wiener FPÖ fordert für bestimmte Bereiche in der Innenstadt Verbotszonen für Demonstrationen. Vor allem an verkehrstechnisch sensiblen Punkten, wie Gürtel oder Ring sollen daher Demonstrationen nicht mehr genehmigt werden.



DIE VOLKSPARTEI KANN MIT SPÖ ODER GRÜNEN KOALIEREN

Nationalratswahl und Koalitionen: Wie geht es jetzt weiter für die Bauern?

Die Volkspartei wollte unbedingt Neuwahlen. Nachdem das Ergebnis der Wahl vorliegt, fragen sich nun viele Bauern, wie die Politik sich nun die Zukunft der Bauern vorstellt. Je nach Koalitionsvariante bleiben mehr Fragen als Antworten.

Viel können sich die Bauern sicher nicht von einer künftigen Bundesregierung erwarten, in der die ÖVP wieder den Landwirtschaftsminister stellt. Man darf nicht vergessen: In der Zweiten Republik stellte die Volkspartei bis auf den Zeitraum 1970 bis 1986 den Landwirtschaftsminister. Die heutige Situation der Bauern ist also zum überwiegenden Teil der ÖVP zu verdanken.

Einzig die vergangene ÖVP-FPÖ-Regierung hatte wichtige Reformprojekte in der Landwirtschaft geplant, die mit Masse von freiheitlicher Seite angestoßen wurden. Durch die Aufkündigung der Regierungskoalition durch die ÖVP, sind alle diese Reformen wieder in Frage gestellt – erst recht, wenn tatsächlich die Grünen in die Bundesregierung kämen.

Wohin die Reise unter grüner Flagge geht, kann man etwa im grünen Wahlprogramm zur heurigen Europawahl nachlesen: „Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemein hoch und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Land-

GRÜNE WOLLEN NUR BIO

wirtschaft, eine der Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist international selbst für einen beträchtlichen Anteil des Ausstoßes klimaschädlicher Gase und damit für die Erderhitzung mitverantwortlich.“ Also eigentlich sind die Bauern selbst schuld – wenn es nach den Grünen geht.

Ähnlich interessant ist die grüne Position zur Herkunftskennzeichnung, hier wollen die Grünen nur GVO-Produkte kennzeichnen lassen – eine durchgehende Herkunftskennzeichnung ist der selbsternannten Öko-Partei offenbar nicht so wichtig: „Wir setzen uns für klare und verpflichtende unionsweite Kennzeichnungsregeln für alle Gentechnik-Produkte ein – auch für Lebensmittel von Tieren, die mit Gentechnik-Futter ernährt wurden.“ Und weil die Grünen am liebsten mit Verboten arbeiten, bleiben sie sich auch in ihrem Wahlprogramm treu: „Wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen, intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren. Wir reduzieren den Einsatz von



Foto: stock.adobe.com

Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die giftigsten Pestizide sofort verbieten.“ Dass Österreich bereits eines der strengsten Gesetze beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln hat, scheint an den Grünen vorbeigegangen zu sein.

Und auch für die steigende Luftverschmutzung haben die Grünen bereits die Verantwortlichen in ihrem Wahlprogramm identifiziert: „Die Hauptverursacher der Luftverschmutzung sind insbesondere der Verkehr, die Industrie, alte Heizungen sowie die Landwirtschaft.“ Und auch das Spiel „Bio gegen Konventionell“ spielen die Grünen sehr gern: „Der Flächenanteil des Biolandbaus soll weiter ausgebaut werden. Biologischer Landbau wird zum fachlichen Ausbildungsschwerpunkt in allen landwirtschaftsrelevanten



FPÖ-BUNDESPARTEIOBMANN ING. NORBERT HOFER
WARNT VOR EINER REGIERUNGSBETEILIGUNG DER GRÜNEN.

Foto: FPÖ



Fachschulen, Fachhochschulen und an Universitäten.“ Doch auch im Wahlprogramm der SPÖ lesen sich ähnliche Dinge: „Ziel ist es, 50 Prozent Bio-Anbau und -Tierhaltung zu erreichen.“ Oder: „Einsatz der Bundesmittel in den Landwirtschaftskammern mit dem Ziel der Beratung zum Verzicht auf Pestizide und Glyphosat sowie Forcierung der Bio-Landwirtschaft.“ Darüberhinaus sind die Ideen der Sozialdemokraten auf 164

SPÖ MIT WENIG INHALT

Seiten Wahlprogramm eher dünn gesät.

Ganz im Gegensatz dazu hier zur Erinnerung ein Zitat aus dem Regierungsprogramm von 2017: „Das Schicksal unserer Heimat ist eng mit unserer Landwirtschaft verbunden. Österreich kann

nur frei sein, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Wir bekennen uns zu einer bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken. Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht, schont die natürlichen Ressourcen und schafft die für Österreich typische bäuerliche Kultur- und Erholungslandschaft. Abgesehen von der land- und forstwirtschaftlichen Produktion hat der Bauernstand eine besondere volkswirt-

schaftliche Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft, den Schutz der alpinen Siedlungsräume, für die Eigenversorgung mit gesunden Lebensmitteln, für die Krisenversorgung und für die Erhaltung der Landeskultur. Der Arbeitsplatz Bauernhof ist ein hohes Gut. Die Struktur der bäuerlichen Familienbetriebe als Vollerwerbsbetriebe ist vor den Verzerrungen der europäischen Agrarförderpolitik zu schützen.“

Hier ist ganz klar, welchen Schwerpunkt etwa die FPÖ in der letzten Bundesregierung im landwirtschaftlichen Bereich gesetzt hat: „Wir sprechen uns für eine vernünftige Koexistenz von konventioneller und biologischer Landwirtschaft im Sinne der unternehmerischen Freiheit aus. Eine Koexistenz konventioneller oder gar bio-

DAS PARLAMENT IN WIEN: ZENTRUM DER POLITIK.

Es hängt stark von der nächsten Regierungsvariante ab, was die Bauern von der Politik in den nächsten Jahren erwarten dürfen. Geht die ÖVP mit den Grünen, oder mit der SPÖ zusammen? Beide Varianten bieten für die Bauern sicher keine einfachen Zeiten.

logischer Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Organismen ist jedoch nicht möglich.“ Um dann die Bestandsaufnahme zu schließen: „Österreich braucht freie Bauern, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, die faire Preise erhalten und somit nicht von Subventionen abhängig sind.“



KOMMENTAR

Manfred Haimbuchner

ES BRAUCHT EINE STARKE FPÖ

Die FPÖ hat vom Wähler die Rechnung präsentiert bekommen für die Fehlentwicklungen, die in den letzten Monaten offenbar geworden sind. Daher ist der Absturz vollkommen zu Recht erfolgt. Es nützt auch nichts, hier zu Jammern, sondern das ist zu akzeptieren, denn in der Demokratie hat der Wähler immer Recht.

Die FPÖ hat vom Wähler auch keinen Regierungsauftrag bekommen. Ich sehe daher aus diesem Ergebnis mehrere Aufträge für die FPÖ: in Opposition zu gehen, die Partei strukturell zu erneuern, die im Raum stehenden Vorwürfe lückenlos aufzuklären und die Konsequenzen ziehen, sowie alles daran zu setzen, der künftigen Bundesregierung auf die Finger zu schauen, um dann wieder gestärkt aus dieser Situation herauszukommen. Wir werden in den Ländern und Gemeinden Kraft schöpfen, indem wir unsere Themen weiter konsequent bearbeiten, um die verlorene Glaubwürdigkeit bei den Menschen wiederzugewinnen.

Mit mir wird es also keine Regierungsverhandlungen geben, denn wenn die ÖVP eine Koalition mit der FPÖ wirklich gewollt hätte, dann hätte es erst gar keine Neuwahlen gebraucht. Sebastian Kurz hätte mit Norbert Hofer als Vizekanzler weiterregieren können. Von uns als FPÖ werden jetzt klare Worte und Taten verlangt. Es heißt jetzt die Ärmel aufkrepeln und weiterarbeiten für unser Land. Dann werden wir auch wieder erfolgreich sein.

INVESTITIONEN VON 600 MIO. EURO GEPLANT

Infrastrukturoffensive in OÖ



Landesrat Günther Steinkellner hat in Verhandlungen mit der ÖBB erreichen können, dass in OÖ im Rahmen einer „Infrastrukturoffensive“ 600 Mio. Euro investiert werden.

Jetzt starteten die ersten Maßnahmen. So wurde etwa der modernisierte Bahnhof Rohr-Bad Hall fertiggestellt. Acht Mio. Euro wurden unter anderem in ein neues Technikgebäude mit Wartekoje, eine Bike-and-Ride-Anlage, eine neue Sicherungsanlage sowie einen neuen Mittel-

bahnsteig investiert. „Mit unserer Modernisierungsoffensive bei den Bahnhöfen auf der Pyhrnstrecke machen wir das Reisen für unsere Fahrgäste noch sicherer und bequemer“, sagte ÖBB-Infrastruktur AG-Vorstand Franz Bauer bei einer Besichtigung des neuen Bahnhofes mit In-

frastruktur-Landesrat Günther Steinkellner und Ulrich Flotzinger, Bürgermeister von Rohr im Kremstal. Die ÖBB-Infrastruktur AG war für die Planung und Durchführung der Bauarbeiten zuständig. LR Steinkellner: „Im Zuge der OÖ Infrastrukturoffensive wird kräftig in die Attraktivierung der Bahninfrastruktur investiert. Damit setzen wir besonders für die Menschen in der Region ein klares Zeichen zur Attraktivierung des ländlichen Raums.“

Neben den Um- und Neubauten wurde in Rohr-Bad Hall auch ein neues Bahnsteigdach errichtet. Zusätzlich wurden neue Monitore und Lautsprecher installiert. Auch die Telekom- und Kabelanlagen, Kabelwege und die Sicherungsanlage wurden erneuert. Im Zuge des Umbaus wurde der Bahnhof zusätzlich an die Betriebsführungszentrale Linz angeschlossen.

ZUSAMMENFÜHRUNG DER RÜCKLAGEN ALS TECHNISCHE MASSNAHME

Manfred Haimbuchner: „Eine Gebietskrankenkasse ist kein Sparverein“

Bei der Zusammenlegung der Krankenkassen werden auch die Rücklagen der OÖGKK in die neu gegründete Österreichische Gesundheitskasse überführt.

Die rot-grüne Kritik an dieser Maßnahme bezeichnete Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, als völlig abwegig: „Bei der Zusammenführung der Rücklagen aus den Ländern handelt es sich um eine rein bilanztechnische Maßnahme, bei der kein Geld fließt. Die Rücklagen der OÖGKK, die die Beitragszahler geleistet haben, werden auch künftig den Oberösterreichern zu Gute kommen. In die-

sem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass Oberösterreich vor der Zusammenlegung nicht unwesentliche Beträge in den Ausgleichsfonds für schlechter wirtschaftende Kassen einzahlen musste. Jahrelang ist deshalb sehr viel Geld von Oberösterreich ins rot-grüne Wien geflossen.“

Haimbuchner, der immer wieder auf den Reformbedarf im Gesundheitssystem hinwies, nahm die Diskussion zum Anlass, um seine grundsätzliche Kritik zu erneuern: „Dass

eine Gebietskrankenkasse Rücklagen erwirtschaftet ist richtig und wichtig. Seit Jahren weisen wir Freiheitliche jedoch darauf hin, dass bei der OÖGKK ein Sparen um des Sparens willens passiert, das weit über verantwortungsvolles Wirtschaften hinausgeht.“



GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE



Zwetschkuchen

Zutaten (für ein Backblech)
500 g Zwetschken

Germteig:
250 g Mehl
60 g Zucker
20 g Germ
1/8 l Milch
3 Eidotter
80 g Butter
Salz
geriebene Zitronenschale

Streusel:
150 g Mehl
100 g Kristallzucker
120 g Butter
150 g geriebene Mandeln
Staubzucker

Zubereitung:

- Für den Germteig den Germ in lauwarmer Milch auflösen. Die Butter schmelzen. Dann alle Zutaten verrühren und den Teig an einem warmen Ort zugedeckt gehen lassen.
- Anschließend den fertigen Teig ausrollen und auf ein Backblech legen, mit den halbierten Zwetschken belegen und die Streusel darüber streuen. Abschließend erneut aufgehen lassen.
- In der Zwischenzeit die Streusel vorbereiten. Dafür werden alle Zutaten in eine Schüssel geben und zwischen den Handflächen krümelig gerieben.
- Den Kuchen bei ca. 170°C etwa 50 min backen.
- Vor dem servieren den Kuchen mit Staubzucker bestreuen.



Foto: pixabay.com, oben: privat

WEGWERFPLASTIK SOLL REDUZIERT WERDEN

OÖ will in den nächsten fünf Jahren den Plastikmüll halbieren. Nur 34% sind recyclebar. Ab 2021 verbietet die EU Kunststoffe in Einwegprodukten. Unternehmen arbeiten intensiv daran, Kunststoffe aus pflanzlichen Rohstoffen herzustellen.



KIRCHENKONZERT FEUERWEHR ST. AGATHA

Am 2. November gestaltet die Feuerwehrmusik St. Agatha in der evangelischen Kirche in Bad Gaiersern einen stimmungsvollen Abend. Die Kapelle ist bei vielen Ausrückungen zu hören, wie etwa zu Ostern oder dem Turmblasen in der Pfarrkirche.



Fotos (2): pixabay.com

+++ ANZEIGE +++

EINBAUKÜCHEN-ABVERKAUF

bis -65% derzeit große Auswahl, technisch sehr hochwertig ausgestattet, Slow-Motion-Selbsteinzug usw., inkl. Markengeräte, Planung+Montage-Service
0660/5203411



HAUSHALTE SCHLECHT AUF KRISEN VORBEREITET

Vorsorge noch mangelhaft

Stromausfall oder Unwetterskatastrophe – der sogenannte „Blackout“ ist eine Möglichkeit, mit der die Krisenvorsorge des Landes OÖ rechnet. So sehen auch 90 Prozent der Oberösterreicher laut einer Umfrage ihr Land gut auf einen „Ernstfall“ vorbereitet. Ganz anders sieht es bei der privaten Krisenvorsorge

aus. Das Bewusstsein für die Gefahren etwa eines langen Stromausfalles ist da, aber nur die wenigsten setzen dieses Wissen auch in Taten um. Bevorratung von Wasser, Lebensmitteln oder technischen Hilfsmitteln ist das Gebot der Stunde. Der Zivilschutz rät, dass man sieben Tage ohne Hilfe von außen überstehen können sollte.



Foto: pixabay.com

LR KLINGER ERÖFFNET VORZEIGE OBJEKT

Hochwasserschutz steht

Die Menschen in den Gemeinden Schlüßlberg und Bad Schallerbach haben mit dem Hochwasserschutz Gersdorferbach ein Stück mehr Sicherheit erhalten. Die feierliche Eröffnung dieses Vorzeigeprojekts fand Ende Juli im Beisein von hochkarätigen Gästen statt. „Durch die nun fertig gestellten Anlagen werden nicht nur

91 Wohn- und Wirtschaftsobjekte sondern auch wichtige Infrastruktureinrichtungen wie zum Beispiel die Grieskirchner Landesstraße und die Bahnstrecke Wels-Passau geschützt“, so Landesrat Wolfgang Klinger, der seit Juni auch für die Agenden der Wasserwirtschaft in Oberösterreich zuständig ist.



Foto: pixabay.com

ALMKOCHKURSE AUF DER RETTENBACHALM

In der Hoisn-Hütte werden von Mitte Oktober bis Ende November typische Almgerichte gekocht. Ganz so wie sie vor langer Zeit, ohne Strom zubereitet wurden. Es werden nur regionale Zutaten verwendet. Anmeldung unter 0676-9775713



BROT & LEBEN - GRUNDKURS BROTBACKEN

Einen Einsteigerkurs zum Brotbacken bietet Helga Graef in Unterbach am Attersee am 29., 30. und 31. Oktober. Bekömmliche Brote backen, kneten, formen und wie man zu Hause gutes Brot bäckt, wird vermittelt. Infos unter brot-und-leben.at



KRAMPUS-MASKENAUSSTELLUNG IN WINDISCHGARSTEN

Weihnachten steht wieder vor der Tür und damit auch die Zeit der Krampusse. Vom 1. bis 3. November kann man im Kulturhaus Römerfeld jeweils ab 15:00 Uhr Krampus-Masken besichtigen. Für Krampus-Fans quasi eine Einleitung in die Saison.



Fotos (3): pixabay.com

BEVÖLKERUNGSPROGNOSE: ZUZUG IM ZENTRALRAUM

Landflucht in Oberösterreich nimmt in Zukunft weiter zu

Die Bevölkerungsprognose des Landes Oberösterreich geht davon aus, dass die Bevölkerungszahl bis 2040 um 108.000 Menschen zunehmen wird. Gleichzeitig werden die Randlagen weiter Einwohner verlieren - die meisten Zuwächse gibt es im Zentralraum.

Von derzeit 1,474 Millionen auf rund 1,581 Millionen wird laut der Prognose die Einwohnerzahl Oberösterreichs bis zum Jahr 2040 steigen. Den Anstieg werden aber Teile der Bezirke Rohrbach, Schärding, Freistadt oder das innere Salzkammergut und die Region Pyhrn-Eisenwurzen nicht spüren. Hier ist mit einem weiteren Rückgang der Bevölkerung zu rechnen. Geschuldet ist dieser Umstand der weiter anhaltenden Urbanisierung, die bis zum Jahr 2040 nochmals deutlich voranschreitet. Den durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 7,3 Prozent übersteigen sowohl Linz (+ 15,7 %), als auch die Stadt Wels (+ 11,9 %) deutlich. Ab dem Jahr 2030 rechnen Experten damit, dass der Bevölkerungszuwachs nur noch über den Zuzug erfolgt, denn ab diesem Zeitpunkt werden die Sterberaten übersteigen. Damit einher geht eine drastische Ände-

rung der Altersstruktur im Land. Der Anteil der jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung in OÖ wird auf 17,6 Prozent sinken, während sich der Seniorenanteil auf 27,6 Prozent (+ 9,4 %) deutlich erhöhen wird. Gleichzeitig wird sich auch der Anteil der hochbetagten durch die steigende Lebenserwartung nahezu verdoppeln. Vor allem in den Bezirken Urfahr-Umgebung und Eferding wird die

Zahl der Menschen über 85 Jahre um bis zu 83,3 Prozent ansteigen. Auch das Erwerbstätigenpotenzial wird bis zum Jahr 2040 um 72.700 Personen oberösterreichweit zurückgehen.

Diese Situation bedeutet für die Politik, rechtzeitig die Weichen zu stellen. Vor allem im Bereich der Pflege und der Infrastruktur will das Land die angefangenen Projekte konsequent weiterverfolgen.



DIE LANDFLUCHT WIRD ZUNEHMEND ZU EINER ECHTEN HERAUSFORDERUNG IN OÖ.

Foto: MMedia / Morocutti

FP-KLUBOBMANN MAHR WEIST AUF FEHLER HIN

Misstände bei der Wohnungslosenhilfe

Bei der Auszahlung der Mindestsicherung für Obdachlose durch Sozialver-eine, der sogenannten Wohnungslosenhilfe, gibt es Ungereimtheiten.

Unter anderem soll der Linzer Verein B37 die Wohnungslosenhilfe ohne bescheidmäßige Leistungsfeststellung ausbezahlt haben. Und das seit 25 Jahren. Mittlerweile sind die Staatsanwaltschaft und der Landesrechnungshof eingeschaltet. Zuständig für diesen Bereich ist das SPÖ-geführte Sozial-

ressort des Landes. Die FPÖ fordert lückenlose Aufklärung und stellte dafür bereits eine umfassende schriftliche Anfrage an Sozial-Landesrätin Gerstorfer.

„Im Umgang mit Steuergeld braucht es immer gewisse Kontrollmechanismen. Es kann nicht sein, dass ein Sozialverein in einem solch sensiblen Bereich völlig unkontrolliert agiert“, ist Klubobmann Mahr überzeugt. „Klar ist natürlich: Wer Hilfe braucht, soll sie rasch und unbürokratisch bekommen“, so Mahr weiter.



Foto: pixabay.com

LR STEINKELLNER ZIEHT POSITIVE BILANZ

Tempo 140 auf A1 ist Erfolg

„Die ersten Auswertungen der Tempo 140 Teststrecke zwischen dem Knoten Haid und Sattledt untermauern die Beibehaltung des teils harsch kritisierten Projekts“, ist Landesrat für Infrastruktur Günther Steinkellner sicher. Das seinerzeit unter Bundesminister a.D. Norbert Hofer initiierte Pilotprojekt wurde auf zwei Abschnitten



der A1 realisiert. Die nun veröffentlichten, unabhängigen Gutachten zeigen eine positive Entwicklung. Was die Luftqualität betrifft, konnte an den Messtationen keine Erhöhung auf die Grenzwerte eruiert werden. Auch die Zunahme des Kohlendioxids und der Stickoxide liege bei geringfügigen ein bis zwei Prozentpunkten.



DER HEILIGE HUBERTUS ALS
SCHUTZPATRON DER JÄGER UND FORSTLEUTE.

DIE LEGENDE VOM HEILIGEN HUBERTUS LEBT WEITER:

Der Schutzpatron der Jäger

Am 3. November feiern die Jäger und Forstleute ihren Schutzpatron, den Heiligen Hubertus. Ihm zu Ehren gibt es zahlreiche Bildbäume und Hubertuskapellen.

Der heilige Hubertus wurde als Sohn des Herzogs Bertrand von Toulouse um das Jahr 655 geboren. Nachdem seine Frau bei der Geburt des ersten Sohnes starb, such-

te Hubertus auf der Jagd im Ardennengebirge Ablenkung von seiner Trauer. Auf der Pirsch erblickte er eines Tages einen kapitalen weißen Hirsch, dem er nachstellte.

Er verirrte sich immer tiefer in den Wäldern und als er endlich den Hirsch in das Visier seiner Armbrust bekam, offenbarte sich ihm eine mächtige Vision: Er sah ein leuchtendes Kreuz zwischen dem Hirschgeweih und vernahm eine mahnende Stimme: „Hubertus, warum jagst du nur deinem Vergnügen nach und vertust die wertvollste Zeit deines Lebens?“ Darauf verteilte er seinen Besitz an die Armen und ließ sich zum Priester weihen. Um das Jahr 700 wurde er zum Bischof von Maastricht geweiht. Im Jahre 727 starb Hubertus und wurde 993 von der Kirche Heiliggesprochen.



„MORTIMER“ HINTERLIESS AUCH IN OBERÖSTERREICH SPUREN

Sturmtief bringt Schäden

Beim jüngsten Sturmtief „Mortimer“ fielen in Oberösterreich wieder zahlreiche Bäume. Vor allem in Beständen, in denen bereits der Borkenkäfer gewütet hat, gab es weiteres Schadholz, da die Bestände dem Wind durch die Käferlöcher

nichts entgegenzusetzen hatten. Die genaue Schadholzmenge für „Mortimer“ stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest – Fakt ist aber, dass das jüngste Schadereignis weitere Belastungen für die Waldbesitzer bringt.

BESONDERES ENGAGEMENT

Coronati-Preis für Haimbuchner

Im Rahmen des sechsten Grand Prix Coronati wurden vier Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft für ihre besonderen Verdienste um die heimische Bauwirtschaft ausgezeichnet. Einer davon ist Wohnbaureferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Der Coronati – der große Fairness-Preis des österreichischen Baugewerbes – wurde am 20. Mai 2019 im Rahmen einer feierlichen Gala in Pörschach vergeben.

Als zuständiges Regierungsmitglied für die Bereiche Wohnbau und Baurecht gilt Haimbuchner als langjähriger wichtiger Partner des Baugewerbes. Mit der Installation eines Wirtschaftlichkeitsbeirats sowie der Erstellung eines Katalogs rund um die Standard-Ausstattung gemeinnütziger Bauprojekte hat er klare und transparente Vorgaben sowohl für Bauträger als auch Baufirmen geschaffen.



Foto: Land OÖ

EU GEGEN OÖ: NATURA 2000 KEIN THEMA MEHR

Verfahren eingestellt

Die EU-Kommission hat das Verfahren gegen die Republik Österreich wegen behaupteter ungenügender Ausweisung von Natura 2000-Schutzgebieten eingestellt. Der oberösterreichische Weg des Aufeinander Zugehens hat sich als zielführend erwiesen. Freiheitliche Politik mit Herz und Hausverstand hat Erfolg.

Foto: wikimedia.org



„Der Naturschutz in OÖ hat seine Hausaufgaben rechtzeitig gemacht und wesentlich zu diesem Erfolg für die Natur und unsere Heimat beigetragen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den

Grundstückseigentümern, mit denen gemeinsam ein guter Weg gefunden werden konnte“, so Naturschutzreferent Haimbuchner.

UNTERSUCHUNG DER LK NIEDERÖSTERREICH ZU APFELSÄFTEN IM HANDEL

Apfelsaft: Kaum noch heimische Äpfel enthalten - Kennzeichnung mangelhaft

Die LK Niederösterreich hat Apfelsäfte in den Supermärkten unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Es sind kaum heimische Äpfel enthalten.

Bei rund zwei Drittel der überprüften Produkte ist die Herkunft der Äpfel nicht ersichtlich. Nicht nur die LK fordert mehr Transparenz. Die Freiheitliche Bauernschaft wünscht sich schon seit einigen Jahren für verschiedenste Lebensmittel eine durchgehende und einheitliche Herkunftskennzeichnung – zuletzt vor allem für Fleisch- und Milchprodukte, aber auch für Honig.

Die Niederösterreicher wollen jetzt eine Imagekampagne unter dem Namen „Apfelsaft aus Apfel g'macht“ starten, um die

Vorzüge von heimischen Saft zu bewerben. Insgesamt 48 Apfelsäfte im Einzelhandel wurden untersucht. Davon waren 22 Direktsäfte, 26 waren aus Apfelsaftkonzentrat hergestellt. Bei Betrachtung aller Proben war bei 65% der getesteten Produkte die Herkunft der Rohware nicht auf der Verpackung ersichtlich. Bei lediglich 33% ist Österreich als Herkunft der Äpfel angegeben, bei 2% ist Deutschland angeführt. Un-

terscheidet man hinsichtlich der Produktionsart, ist bei Säften aus Apfelsaftkonzentrat lediglich bei 15% der Proben angegeben, woher der Rohstoff kommt, bei Direktsäften sind es 59% (13 von 22). Bei zwölf Direktsäften ist Österreich als Herkunftsland der Rohware angeführt. Wie bei vielen anderen Produktgruppen bedeutet auch beim Apfelsaft eine rot-weißrote Fahne auf der Verpackung nicht automatisch, dass die Rohstoffe tatsächlich aus Österreich stammen beziehungsweise alle Produktionsschritte in Österreich durchgeführt wurden. Auf 52% der getesteten Erzeugnisse ist die Österreich-Fahne abgebildet – allerdings ist nur bei rund der Hälfte Österreich als Herkunftsland ausgewiesen.



ANTRAG DER FPÖ OB

Bauern entlasten Landwirtschaft

Beim Bundesparteitag in Graz stellte die FPÖ Oberösterreich einen richtungweisenden Antrag für die heimische Landwirtschaft. Demnach verpflichtet sich die FPÖ mit ihrer Politik für eine umfassende Entlastung der heimischen Landwirtschaft einzutreten.

Dazu zählen bürokratische Entlastungen u. a. bei Verordnungen und Gesetzen, aber auch finanzielle Maßnahmen, wie eine Überarbeitung der Einheitswertregelung oder der Beitragsgestaltung für die Sozialversicherung.

Die FPÖ legt mit diesem Antrag ein klares Bekenntnis zur österreichischen Landwirtschaft ab und anerkennt ausdrücklich die Arbeit unserer Bauern. Die Produktion von qualitativ hochwertigen Lebensmitteln ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaft. Darüber hinaus leisten unsere Bauern aber auch in zahlreichen anderen Gebieten unserer Gesellschaft Herausragendes: Im Umwelt- und Naturschutz ebenso, wie etwa in der Pflege unserer Kultur und unse-

RAPS: KANADA DRÄNGT AUF DEN EUROPÄISCHEN MARKT

Kanada ist der weltweit größte Rapsexporteur. Fast zwei Drittel des Welthandels werden von den nordamerikanischen Farmern bestritten. Wegen eines Handelsstreits mit China entdecken die Kanadier inzwischen die EU als neuen Absatzmarkt.



BAUERNSTERBEN: GRÜNE KREUZE ALS ZEICHEN

In Deutschland hat sich die Initiative „Die Graswurzler“ gegründet, die durch das Aufstellen von grünen Kreuzen auf dem eigenen Grund auf das Bauernsterben aufmerksam machen wollen. Ziel ist eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung.



DAS DÜRREJAHR 2018 BEDEUTET VERLUSTE

Dürre: Einkommen der Landwirte sinkt weiter

Die bäuerlichen Einkommen sind im Dürrejahr 2018 stark gesunken. Der Grüne Bericht zeigt kräftige Einbußen für die heimische Landwirtschaft.

Übergangsministerin Maria Patek legte den Bericht Mitte September vor. Darin zeigt sich bei den Durchschnittseinkünften je Betrieb ein Minus von zehn Prozent auf nur mehr 28.035 Euro. Der Produktionswert des Sektors Land- und Forstwirtschaft ist nur mäßig, um 1,7 Prozent, auf 9,8 Milliarden Euro gestiegen.

Heuer legte das Ministerium zum 60. Mal ei-

nen Grünen Bericht vor, der durchgehend unerfreulich ausfiel. „Nach zwei Jahren mit Einkommenszuwächsen dokumentiert der Bericht 2018 ein deutliches Minus von knapp zehn Prozent für nahezu alle Betriebsformen“, stellte Ministerin Maria Patek fest.

Der Produktionswert hatte im letzten guten Bauernjahr, 2012, schon einmal 9,8 Milliarden Euro erreicht. Der Einkommensindex je Arbeits-

kraft lag damals bei 107,7 (Basis 2010 = 100). Bis 2017 stieg er auf 106,8, um nun 2018 wieder auf 102,9 zu sinken. Auch für 2019 werden die Zahlen nicht besser.





UNSERE BAUERN SIND EIN WICHTIGER
TEIL ÖSTERREICHS. DIE FPÖ LEGTE
DAHER EIN KLARES BEKENNTNIS ZUR
FÖRDERUNG DER LANDWIRTSCHAFT
AUF DEM BUNDESPARTEITAG AB.

Foto: pixabay.com

ERÖSTERREICH BEIM BUNDESPARTEITAG

lasten - Heimische haft unterstützen

rer einzigartigen Kulturlandschaft. Dieses Bewusstsein auch in der Bevölkerung zu stärken, ist der Freiheitlichen Partei Österreichs ein wichtiges Anliegen.

Unsere heimische Landwirtschaft ist ein wichtiger Faktor für die Ernährungssicherheit und die Versorgung der Österreicher mit gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Unsere einmalige Kulturlandschaft und unsere gesunden Lebensmittel wären ohne unsere Bauern nicht denkbar. Auch in

KLARES BEKENNTNIS

der Kulturpflege und für den sozialen Zusammenhalt leisten unsere Landwirte in den dörflichen Strukturen einen wertvollen Beitrag. Diese Ererungenschaften sind vor allem auf die kleinstrukturierte und oft auf Familienbetriebe gestützte Landwirtschaft zurückzuführen.

Doch unsere österreichische Landwirtschaft steht seit Jahren unter Druck. Seit dem EU-Beitritt 1995 hat sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ös-

terreichweit um 32 Prozent verringert (seit 1960 sind es 60 Prozent weniger Betriebe). Bis zum Jahr 2025 prognostiziert die Landwirtschaftskammer Österreich einen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe um ein weiteres Drittel.

Die falsche Agrarpolitik der EU, der Druck des Weltmarktes und der durch verschiedene Umstände zunehmend unattraktiv werdende Beruf des Landwirtes sorgen – neben vielen weiteren Gründen – für immer mehr Betriebsschließungen. Die stagnierenden oder sogar gesunkenen Deckungsbeiträge aus den Produktionen und der steigende Aufwand für Betriebsmittel sprechen ebenfalls für eine dringende Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe und einer Erhöhung der Wertschätzung für die wichtige Arbeit unserer Bauern.

Die Politik ist in den nächsten Jahren gefordert, mit Maßnahmen auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene gegenzusteuern, damit unsere Bauern auch weiterhin eine Zukunft haben.

BIENEN-VOLKSBEFRAGUNG MIT GEGENWIND

Kritik an Volksbegehren

Im deutschen Bundesland Baden-Württemberg wurde ein Volksbegehren „Rettet die Bienen“ gestartet. Der Inhalt schieße über das Ziel hinaus, sagen Kritiker.

Neben den Landwirten sprechen sich auch viele Wissenschaftler gegen das Volksbegehren aus. Etwa Johannes Steidle, Professor für Tierökologie an der Universität Hohenheim. Laut Steidle sind die Forderungen zu sehr auf den Pestizideinsatz

verengt. Er sei sicherlich ein Faktor für das Artensterben. Aber den Einsatz zum Kern des Problems zu erklären, das gebe die Datenlage nicht her. „Ein

wirklich entscheidender Faktor wird im Volksbegehren hingegen quasi gar nicht be-

rücksichtigt: Damit Insekten überleben können, benötigen sie Lebensräume: Fraßpflanzen, Pflanzen, an denen sie ihre Eier ablegen können, Lücken im Boden, blühende Wildpflanzen, Hecken...“, regt der Wissenschaftler an. Monokulturen mit Nutzpflanzen seien für Insekten hingegen in etwa so attraktiv wie eine geteerte Fläche. Ob man auf dieser Fläche dann auch noch Pflanzenschutzmittel ausbringe oder nicht, spiele

keine so große Rolle mehr. Der Text des Volksbegehrens suggeriert, dass im ökologischen Landbau keinerlei Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden. Im

Obst- und Weinbau müssen jedoch Pilze und Insekten bekämpft werden.



Foto: pixabay.com



AB SOFORT IM EINSATZ:

Rinder: Elektronische Ohrmarkerl

Ab sofort werden neugeborene Kälber beziehungsweise aus Drittländern eingeführte Rinder mit einer konventionellen und einer elektronischen Ohrmarke gekennzeichnet. Diese neuen Ohrmarkenpaare wurden bereits an die rinderhaltenden Betriebe gesendet. Restbestände der konventionellen Marken sollen nicht an die AMA retourniert, sondern bis 30. April 2020 verwendet werden. Bei einer allfälligen Rücksendung der „alten Ohrmarken“ kann keine Kostenrückerstattung erfolgen.

Foto: pixabay.com

KEIN HÖHERES KREBSRISIKO DURCH SPECK UND WURST

Eine neue Untersuchung aus Kanada kommt zum Ergebnis: Das Reduzieren von Speck und Wurst habe kaum Auswirkungen auf das Krebsrisiko. Diesen Schluss ziehen die Forscher nach Interpretation unzähliger Studien zu diesem Thema.



JAPAN UND RUSSLAND KÄMPFEN GEGEN SCHWEINEPEST

In Japan breitet sich die Klassische Schweinepest (KSP) seit dem Ausbruch 2018 weiter aus. Auch Russland meldet einen Ausbruch der KSP bei Wildschweinen in der Region Primorje. Die Region liegt an der Ostküste am Japanischen Meer.



Fotos (2): pixabay.com

HERAUSFORDERUNG: WALDUMBAU UND URBANISIERUNG

Forstwirtschaft im Wandel



SCHADEREIGNISSE DER VERGANGENEN JAHRE
ZWINGEN DEM WALD EINEN WANDEL AUF.

Foto: pixabay.com

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Waldbesitzer vor großen Herausforderungen stehen. Nicht nur die in immer schnellerer Abfolge eintretenden Schadereignisse durch Käfer und Windwurf beschäftigen die Verantwortlichen, sondern auch die Reaktion auf Klimaänderungen erfordern die Planungsfähigkeit der Forstwirte. Die Binsenwahrheit, dass Waldbewirtschaftler über drei Generationen planen müssen, ist in der gegenwärtigen Si-

tuation noch eindeutiger als früher.

Als wäre das nicht schon herausfordernd genug, haben sich mit dem zunehmenden Trend der „Urbanisierung“ der Gesellschaft, das Verständnis für Land- und Forstwirtschaft immer mehr verringert. Politische Entscheidungen werden immer eindeutiger für Mehrheiten gestaltet, die heute in den Ballungsräumen des Landes wohnen und leben. Welche ökologischen und ökonomi-

schen Leistungen der Wald und andere Teile unserer Kulturlandschaft vollbringen, wird bei Fragen nach der Parkraumgestaltung, Schaffung von Wohnraum oder Infrastrukturentwicklung immer mehr an den Rand gedrängt. In diesem Spannungsfeld muss der Waldumbau stattfinden. Da auch der beste Forstspezialist nicht in die Zukunft sehen kann, muss das höchste Ziel die Erhaltung der Baumartenvielfalt und das Einbringen von geeigneten Baumarten sein. Ergänzt werden kann dies durch noch gezieltere Nutzung von Naturverjüngung und die Kalkulation mit ertragsstarken Baumarten. Eine besondere Rolle bei der Wiederbewaldung der nächsten Jahre und Jahrzehnte kommt auch der Jägerschaft zu. Experten gehen davon aus, dass die erzwungene „Auflichtung“ der Bestände zu einem starken Anstieg der Rehwildpopulation führen wird. Die nächsten vier bis sechs Jahre nach einer Auf-

forstung wird der Jagd an Kalamitätsflächen eine besondere Bedeutung zukommen. Eine weitere Notwendigkeit betrifft aber auch die forstlichen Bildungseinrichtungen, denn die laufende Weiterbildung der Waldbewirtschaftler, damit sich diese auf rasch geänderte Verhältnisse einstellen können, wird zukünftig ebenfalls immer wichtiger.



Foto: pixabay.com

STREIT UM GRAUHUND

Wolf: Diskussion ohne Ergebnis

Nicht nur in Österreich sorgt die Frage des richtigen Umgangs mit dem Wolf für Diskussionen – auch unsere nördlichen Nachbarn sind sich uneinig. So hat die Umweltministerkonferenz es nicht geschafft, greifbare Ergebnisse zu produzieren. Im Protokoll heißt es lediglich, man nehme den Bericht des Bundes zur Kenntnis. Zudem bat man, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu Wolfsfragen wieder einzuberufen. Ein Tagesordnungspunkt zum rechtssicheren Umgang mit dem Wolf würde zurückgezogen. Im Vorfeld der Konferenz hatten Bauern und Schäfer für eine Regulierung der Wolfszahlen demonstriert und ein Positionspapier an die Teilnehmer der Tagung verteilt. Die Position des Bundes bezüglich des Wolfes ist weiterhin unklar. Ein Regierungssprecher sagte den Medien: „Innerhalb der Bundesregierung finden nach wie vor intensive Gespräche zum Thema Wolf statt, um im Sinne des Koalitionsvertrages zu einer guten Lösung zu kommen.“

Foto: pixabay.com

TROPISCHE ZECKENART AUF DEM VORMARSCH IN EUROPA

Die tropische Zecke der Gattung Hyalomma befindet sich in Mitteleuropa offenbar auf dem Vormarsch. Sie wurde vermutlich über Vögel eingeschleppt und konnte erstmals wegen des milden Winters vor allem in Deutschland überleben. Die Hyalomma gilt als wichtiger Überträger des Krim-Kongo Hämorrhagischen Fiebers und weiterer Krankheiten. Die erwachsenen Zecken saugen Blut vor allem an großen Tieren. Auch der Mensch ist potenzieller Wirt.



Foto: pixabay.com



IM ZUGE DES WALDUMBAUS HAT SICH
VIELERORTS WIEDER DIE BUCHE DURCHGESETZT.

NEUE TECHNIKEN DER FERTIGUNG UND VERARBEITUNG

Buche wird Bauholz

Die Buche wird zunehmend als Baustoff wiederentdeckt. Dazu wird Buchenfurnier verleimt. Entsprechende Techniken der Fertigung wurden jüngst in Deutsch-

land präsentiert. Diese Entwicklung wird von Experten als zukunftsweisend bewertet, da im Zuge des Waldumbaus mehr Buche vorhanden ist.



DASS DER WALD WICHTIG FÜR DAS KLIMA IST, WISSEN FORSTLEUTE NICHT ERST SEIT GESTERN.

STAATSFORSTE HABEN KLIMA-THEMA ENTDECKT

Bayern will „Klimawald“

Unsere bayerischen Nachbarn haben vor, den Staatswald in einen „Klimawald“ umzuwandeln. So sollen z. B. erwirtschaftete Überschüsse des Unternehmens Bayerische Staatsforste künftig nicht mehr in die Staatskasse fließen, sondern dazu verwendet werden, Wälder und Moore als CO₂-Speicher zu erhalten und „klimafester zu machen“, wie es in dem Acht-Punkte-Plan von Ministerpräsident Markus Söder heißt. Außerdem sollen in den

nächsten fünf Jahren jährlich eine Million Bäume mehr gepflanzt werden als geplant. „Naturnahe“ und „ursprüngliche“ alte Staatswälder sollen sogar gänzlich aus der Nutzung genommen werden. Für die privaten Waldbesitzer hat die bayerische Landesregierung zusätzliche Fördermittel und Beratungsangebote bereitgestellt, um die Anreize für den Waldbau zu steigern. Insgesamt wurden die Mittel dafür im Haushalt um 15 Millionen Euro erhöht.

AUSSTELLUNG ZUR JAGD IM MUSEUM DER BURG GOLLING

Nutzen und Leidenschaft

Im Museum Burg Golling wird vom 5. Mai bis 27. Oktober die Ausstellung über die Jagd fortgesetzt, allerdings mit anderen Schwerpunkten und zahlreichen neuen Objekten. Die Kulturgeschichte der Jagd von der Frühzeit bis heute wird ebenso thematisiert wie historische Waffensysteme und Jagdwaffen, mit exzellenten Ausstellungsobjekten. Wilderei und Wildererstrafen werden behandelt. Sie waren in Golling und im Grenzgebiet zu Bayern immer ein brisantes Thema.

Die Jagdgeschichte von Golling wird dargelegt, sowie der wohl prominenteste Jagdherr, Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Jagdleidenschaft im Blühbach- und Bluntal. Im 500. Todesjahr von Kaiser Maximilian I. wird zudem an diesen „ersten großen Jäger erinnert“. Den Bereichen „Wiederladen von Jagdmunition“ und „Bartbinderei“ sind ein eigener Raum gewidmet. Eine Wildrezeptbörse soll kulinarische Anregungen bieten und zum Austausch anregen.



H/D-WERT ALS ZAUBERWORT FÜR STABILITÄT

Bäume ohne Schwäche?

In einem Beitrag für die Forstzeitung hat sich Dr. Felix Bentz mit dem idealen Verhältnis zwischen Höhe und Durchmesser bei Waldbäumen (h/d-Wert) beschäftigt. Einige der wichtigsten Erkenntnisse aus seinem Text seien hier kurz angerissen. So stellte Dr. Bentz fest, dass Fichten unter einem h/d-Wert von 75 sehr stabil gegen Schneebruch sind: „Wirklich überraschend war: Zwischen dem h/d-Bereich unter 75 und dem darüber gab es keinen Übergang. Das allgemeine Bruchprozent des Bestandes (70%) setzte an dieser kritischen

Grenze von 75 voll ein, blieb völlig gleich hoch und sank dann bei Bäumen mit sehr hohem h/d-Wert eher etwas ab (unterständige Bäume).“ Dr. Bentz zog daraus den Schluss, bei Durchforstungsmaßnahmen das Höhen- und Stärkenwachstum in einem bestimmten stabilen Verhältnis zu halten – etwa zwischen 65-74 als Leitlinie. Auch die Weite des Pflanzverbandes sei wichtig – bei Fichte genügten etwa 2.000 Stück/ha vollkommen. Enger



gepflanzt müssten Fichten längstens bei beginnender Tot-Astzone praktisch auf die Hälfte reduziert werden.

Foto: pixabay.com



APPELL DES LANDES OÖ

Borkenkäferbekämpfung

Die anhaltenden Kalamitäten durch Borkenkäfer haben das Land Oberösterreich dazu veranlasst, an alle Waldbesitzer und -bewirtschafter zu appellieren, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Man solle die Bestände regelmäßig untersuchen, um befallene Bäume rasch aus dem Bestand zu entfernen.

Foto: pixabay.com

ASP NUN AUCH IN DER SLOWAKEI AUSGEBROCHEN

Erstmals ist nun die Afrikanische Schweinepest (ASP) auch in der Slowakei ausgebrochen. Wie die Weltorganisation für Tiergesundheit mitteilte, ist ein Betrieb in Strazne betroffen. Die Slowakei ist damit das zehnte Land in der EU, in der die ASP ausgebrochen ist.

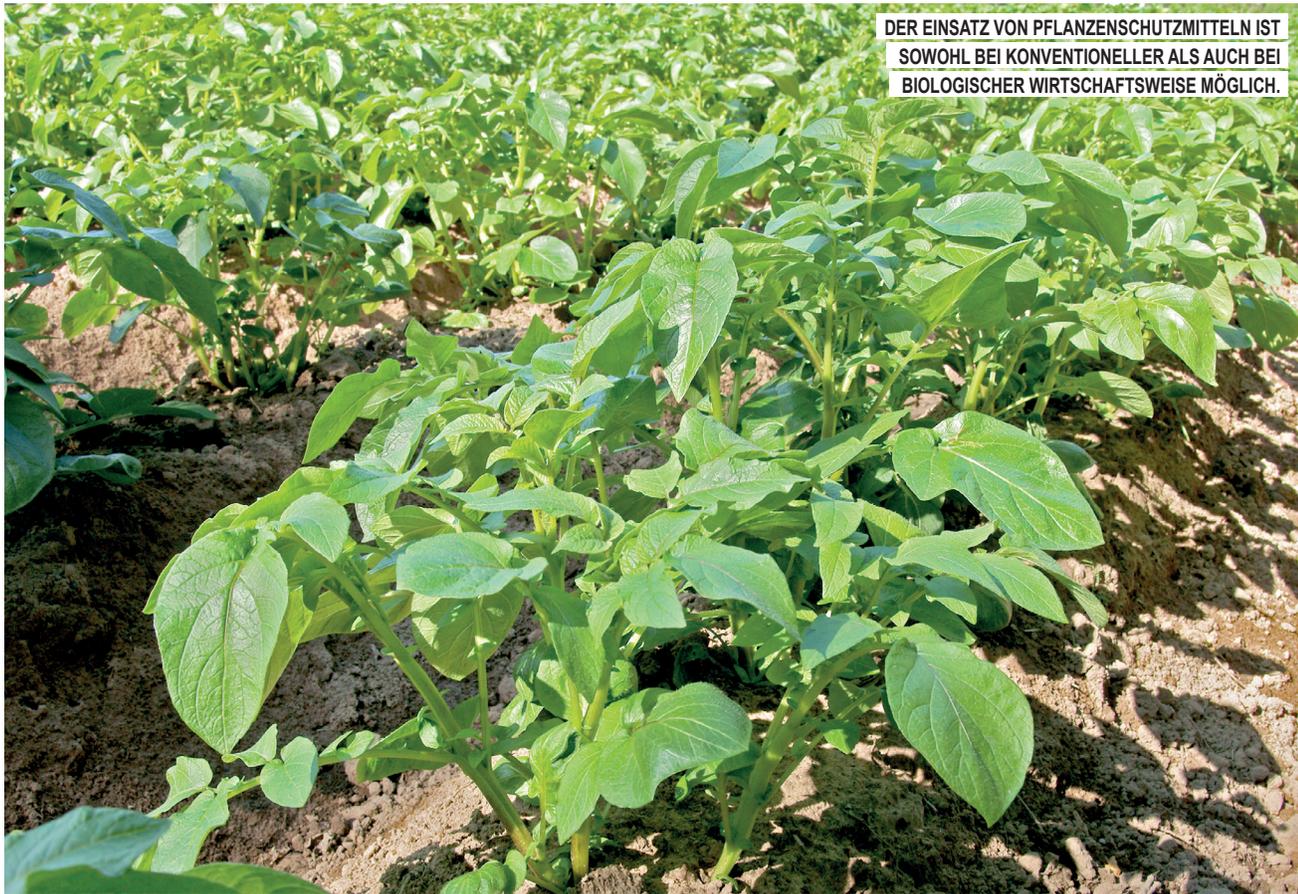


AUSSTELLUNG IN BERLIN: „DIE ARMBRUST“

Wen es bis zum 8. März 2020 nach Berlin verschlagen sollte, der darf sich die Ausstellung über die Armbrust im Deutschen Historischen Museum auf keinen Fall entgehen lassen. Einzigartige Exponate und spannende Geschichten rund um diese Waffe erwarten den Besucher.



Fotos (2): oben: pixabay.com, unten: wikimedia.org



DER EINSATZ VON PFLANZENSCHUTZMITTELN IST SOWOHL BEI KONVENTIONELLER ALS AUCH BEI BIOLOGISCHER WIRTSCHAFTSWEISE MÖGLICH.



△ Bauern werden oft zum Feindbild, wenn sie ihre Flächen schützen.

Auf internationaler Ebene existiert keine harmonisierte Vereinbarung. ▷

Foto: wikimedia.org

HINTERTÜREN IN EU-VERORDNUNG UND MANGELHAFTER UMWELTSCHUTZ

Pflanzenschutzmittel - Diskussion

Ein Landwirt kommt mit seinem Traktor an einer Straßenkreuzung zu stehen. Ein arbeitsreicher Tag liegt hinter ihm. Und dann passiert das: Ein vorbeidrängender Radfahrer sieht ihn verachtend an und hält sich dabei die Nase zu. Die Feldspritze ist der Grund seines Unmutes.

„Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“, könnte man meinen. Tatsächlich nimmt das Unverständnis für die Landwirtschaft in der Bevölkerung stetig zu. Während manche Kampf-Ökos den Umwelt- und Klimaschutz zu einer Religion unserer Zeit hochstilisieren und Debatten zunehmend emotionalisieren, werden Fakten in den Hintergrund gedrängt. Und so muss man sich die Frage stellen, welchem eigentlichen Zweck Institutionen dienen, die immer höhere Anforderungen an die heimische Landwirtschaft stellen, bis hin zu einem Totalverbot von Pflanzenschutzmitteln, wäh-

rendessen die Hintertüren für Importe aus Drittländern sperrangelweit offen stehen. Pflanzenschutzmittel (PSM) sind dazu bestimmt, Kulturpflanzen vor Schadorganismen (Unkraut, Schädling, Krankheitserreger) zu schützen. Ob biologisch oder konventionell, für beide Wirtschaftsformen sind PSM zugelassen. Die Wirkstoffzulassung sowie auch das Festsetzen der Höchstge-

PESTIZIDRÜCKSTÄNDE

halte an Pestizidrückständen obliegen der EU. Die Zulassung der aus den Wirkstoffen formulierten PSM ist jedoch Angelegenheit der Natio-

nalstaaten. Daher kann es auch innereuropäisch sein, dass Pflanzen in einem Mitgliedsstaat mit einem PSM behandelt werden dürfen, das in einem anderen nicht erlaubt wäre. Die Grundlage der Zulassung bilden Bewertungsberichte und Gutachten der Experten der AGES aus den Bereichen Toxikologie, Rückstandsverhalten, Umweltverhalten und Ökotoxikologie, Wirksamkeit und Pflanzenverträglichkeit sowie physikalisch-chemische Eigenschaften. Auch organische Substanzen, welche im Biolandbau erlaubt sind, durchlaufen ein aufwändiges Zulassungsverfahren und werden ebenso von den welt-

größten Pestizidherstellern produziert, erklärt die Plattform „Land schafft Leben“. Am 1.9.2008 wurden mit Inkrafttreten der Anhänge II, III und IV der EU-Verordnung 396/2005 die Höchstgehalte an Pestizidrückständen bei Lebens- und Futtermitteln im europäischen Wirtschaftsraum vereinheitlicht und sind

INTERNATIONALE LAGE

somit auch für Österreich bindend. Auf internationaler Ebene existiert keine harmonisierte Vereinbarung. Für die Kontrolle der Einhaltung der Rückstände ist das jeweilige EU-Mitgliedsland zuständig. Im „Nationalen Kontrollprogramm Pestizide“ wurde für das Jahr 2017 eine Höchstwertüberschreitung von 1,9 Prozent dokumentiert. Dass Proben aus anderen EU-Ländern oder Drittstaaten (3 %) in höherem Maße betroffen



Foto: pixabay.com



Foto: pixabay.com



WELCHE PFLANZENSCHUTZMITTEL BEI IMPORTWARE WIRKLICH BENUTZT WERDEN, IST OFTMALS UNKLAR. DIE AGES NIMMT STICHPROBEN ZUR RÜCKSTANDSBESTIMMUNG.

SCHUTZSTANDARDS IN DRITTLÄNDERN DISKRIMINIEREN BAUERN

n mit Emotionen versus Fakten

sind als inländische Produkte (0,8%) kann man jedoch, auf Grund unterschiedlichen Anzahl der Proben, nicht ableiten. Unsere Lebens- und Futtermittel entsprechen, den Ergebnissen der Kontrollen zufolge, in hohem Maß den gesetzlichen Anforderungen, jedenfalls im Hinblick auf PSM-Rückstände. Listerien und Salmonellen in Lebensmitteln stellen eine weit aus größere Gefahr für die menschliche Gesundheit dar, doch diese Tatsache wird in der emotionsgesteuerten Debatte ausgeklammert.

Was wäre eine EU-Verordnung ohne Hintertürchen? Formal gelten für Importprodukte laut EU-Verordnung dieselben Vorgaben wie für Heimische. Das Hintertürchen nennt sich „Einfuhrtoleranz“. „Um den Erfordernissen des internationalen Handels gerecht zu werden“, ist in der EU-Verordnung

zu lesen, können eigens für importierte Erzeugnisse Rückstandshöchstgehalte festgelegt werden. Laut dem Europäischen Pflanzenschutzverband (EPCA) können Einfuhrtoleranzen beantragt werden, wenn ein Händler, der ein Erzeugnis in die EU einführen will, das einen höheren Rückstandshalt aufweist. Doch auch für Erzeugnisse, die mit einer Substanz behandelt wurden, die nicht mehr oder noch nicht in der EU verwendet wird, kann durch diese Ausnahmeregelung ein Export in die EU erwirkt werden. Ganz legal! Zum Wohle des internationalen Handels! Ewald Mayr, Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft Efer-

EINFUHRTOLERANZEN

dinger Landl, ließ mit einer Meldung aufhorchen. Der Erdäpfelcheck der LK NÖ

habe gezeigt, dass speziell bei Erdäpfeln aus Ägypten und Israel Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden würden, die hierzulande seit Jahrzehnten verboten seien. Eine Stellungnahme der LK NÖ, um welche Mittel es sich dabei konkret handle, ist bis Redaktionsschluss ausgeblieben.

KEINE REAKTION AUS NÖ

Experten geben außerdem zu bedenken, dass eine Rückstandsanalyse nichts über eine etwaige unsachge-

mäße Anwendung von PSM in Drittstaaten und die daraus folgenden Gefahren für die dort lebenden Menschen und die Umwelt aussage. Dass die hohen österreichischen Umweltschutz- und Sozialstandards, die einen erheblichen Kostenfaktor darstellen, bei Importprodukten nicht eingefordert werden diskriminiert heimische Produzenten. Ebenso wie eine mangelhafte Herkunftskennzeichnung, deren Verbesserung die ÖVP blockiert. Zum Wohle des internationalen Handels!



Foto: stock.adobe.com

DER KARTOFFELKÄFER (LEPTINOTARSA DECEMLINEATA) IST EIN WELTWEIT VERBREITETER SCHÄDLING MIT GROSSEM ZERSTÖRUNGSPOTENTIAL.

ARTHUR KROISMAYR: LANDWIRTE LEISTEN WERTVOLLE ARBEIT FÜR

„Wir wollen den strukturellen Erhalt der Landwirtschaft in Österreich eine Zukunft haben kann?“

Anlässlich der Wahl von Dr. Arthur Kroismayr zum stellvertretenden Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft Oberösterreich am letzten Landesagrartag sprach „Der freie Bauer“ mit dem landwirtschaftlichen Ziviltechniker und Vizebürgermeister von Regau.

Sie sind studierter Agrarwissenschaftler und arbeiten als Nebenerwerbslandwirt und landwirtschaftlicher Ziviltechniker. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die Landwirtschaft in den kommenden Jahren?

Aufgrund der teuren Produktionsbedingungen in unserem Land, ist es natürlich schwierig preislich mit dem Weltmarkt zu konkurrieren. Zusätzlich steigt der Druck

seitens NGOs und Lebensmitteleinzelhandel immer noch höhere Produktionsstandards einzuführen. Die größte Herausforderung wird daher sein den Konsumenten klarzumachen, dass österreichische Spitzenqualität zum Diskonter - Preis etwas grundsätzlich Widersprüchliches ist.

Überhaupt müssen wir Bauern den Menschen viel mehr klar machen welche wertvolle Arbeit wir für die Mensch-

heit und vor allem für das Ökosystem leisten. In der aktuellen Diskussion hat man den Eindruck die Landwirtschaft sei mehr ein Störfaktor (Stichwort „Klimasünder“, Tierwohl, etc.) für die Menschheit obwohl sie in Wahrheit deren Überleben sichert.

Welche Maßnahmen muss eine künftige Bundesregierung in der Agrarpolitik setzen, damit die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich eine Zukunft haben kann?

Eine Bundesregierung sollte sich nicht nur zu einer flächendeckenden Landwirtschaft, sondern vielmehr zum strukturellen Erhalt der Betriebe bekennen und daraus Maßnahmen ableiten. „Wachsen oder Weichen“ – wie es propagiert worden ist, führt insgesamt zu einer Schwächung der Landwirtschaft und auch der vor- und nachgelagerten Produktion. Dadurch leidet der ländliche Raum. Eine neue Bundesregierung sollte ein „Betriebserhaltungsprogramm“ etablieren und den Ausbau landwirtschaftlicher Genossenschaften (siehe z.B. Frankreich oder Skan-



FÜR DAS ÖKOSystem UND DAMIT FÜR ALLE MENSCHEN

„Erhalt der Betriebe in Österreich“

dinavien wo Bauern bei der Endvermarktung ihrer Produkte mitbestimmen können) massiv unterstützen. Bauern sollen das Schicksal ihrer Betriebe selbst in die Hand nehmen können und weniger von Vermarktungsmultis abhängig sein.

Immer wieder sehen bestimmte Medien und Politiker einen Gegensatz zwischen konventioneller und Bio-Landwirtschaft. Wie ist Ihre Position dazu?

Auch mir wurde von einem Medium vorgeworfen ich sei ein Bio-Gegner. Das ist totaler Blödsinn. Wichtig ist, dass Bio und konventionelle Landwirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir müssen besonders aufpassen, dass NGOs und Lebensmitteleinzelhandel nicht weitere Standards auf Kosten der Landwirtschaft installieren (Stichwort: „So weit muss Bio gehen“) nur um Marketingkonzepte umsetzen zu können. Anstatt Marketingblasen müssen seriöse Wissenschaft und echte Experten sinnvolle Konzepte für beide Produktionsarten weiterentwickeln. Ich bin sicher, dass beide Produktionsweisen voneinander lernen können.

In der Öffentlichkeit wird aktuell über Pflanzenschutzmittel diskutiert. Wie sehen Sie diese Diskussion – auch im Zusammenhang mit dem Erhalt der Ernährungssicherheit?

Pflanzenschutzmittel sind durch die mediale Berichterstattung völlig in Verruf gekommen. Mit medialer Unterstützung werden seriöse Wissenschaftler teils von selbsternannten Experten heruntergemacht. Die Politik ist aus Angst vor medialer Schelte völlig in Deckung gegangen. Dies schadet nicht nur der Landwirtschaft sondern auch den Konsumenten weil die Versorgungssicherheit mit qualitativ hochwertigen und sicheren Produkten dadurch eingeschränkt werden kann. Medien und Politik sind hier in der Verantwortung endlich eine seriöse Diskussion in der Öffentlichkeit zuzulassen und auch jene Experten und Wissenschaftler zu Wort kommen

zu lassen die nicht unbedingt dem Mainstream entsprechen aber dafür Ahnung von der Sache haben. Die Rolle mancher NGO in dieser Frage sehe ich als sehr kritisch.

Sie sind seit Mai 2018 neuer Vorsitzender des AGES-Aufsichtsrates. Wie lautet Ihre bisherige Bilanz?

Als Aufsichtsrat bin ich nicht für operative Dinge zuständig und möchte mich deshalb auch nicht dazu äußern. Aber ich darf voller Stolz sagen, dass die AGES eine echte Erfolgsgeschichte ist und einen enorm wichtigen Beitrag zur Gesundheit und Ernährungssicherheit der Menschen in diesem Land leistet. Die AGES ist ein Musterbeispiel für seriöse und fortschrittliche Arbeit zum Wohle der Menschen. Die Agentur wird auch in Zukunft ihrer Rolle als unabhängige Experten- und Kontrollorganisation nachkommen und diese ausbauen. Ich würde mir wünschen, dass in medialen Diskussionen mehr auf die unabhängigen Experten dieses Hauses gehört werden würde.



VZBGM. DR. ARTHUR KROISMAYR AGRARZIVILTECHNIKER

Er studierte Agrarwissenschaften und Tierernährung an der BOKU in Wien und erlangte 2007 seinen Doktorgrad.

Seit 2015 ist Kroismayr Oberösterreichs einziger selbstständiger Ziviltechniker im Agrarbereich.

Seit 2018 ist er auch Aufsichtsratsvorsitzender der AGES.

Im Jahr 2015 wurde Kroismayr Vizebürgermeister in Regau und ist Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Vöcklabruck.



KOMMENTAR
Alois Affenzeller

K & K-KOALITION

„Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten“, besagt ein Sprichwort. Kommt dennoch eine Regierung in die Verantwortung, die für unser Land einen guten Plan hat, wird sie gesprengt. Der Wahlkampf ist die Zeit der großen Versprechungen. Danach lässt man sich ausreichend Zeit, bis diese wieder vergessen wurden. Nicht vor dem neuen Jahr wird eine Regierung erwartet. Derweil wird fleißig Werbung betrieben, für eine Koalition zwischen Sebastian Kurz und Werner Kogler. Was der Wirtschaftsflügel und der rechtskonservative Teil der ÖVP wohl von der drohenden Vereinbarung mit den Grünen hält? Für uns Bauern ist allein die Vorstellung ein Graus.

„Einmal im Leben brauchst du einen Anwalt, einmal im Leben brauchst du einen Arzt, aber dreimal am Tag brauchst du einen Bauern!“, heißt es, doch der Landwirtschaft kommt vor allem auf politischer Ebene nicht die Bedeutung zu, die sie verdient! Auch der Bauernbund hat in der ÖVP scheinbar nicht das Gewicht, das er vorgibt zu haben. Den Bauern nach dem Mund reden und dann auf EU-Ebene gegenteiliges verhandeln, das ist das wahre Gesicht der ÖVP. Man munkelt: Die ÖVP muss nichts für die Bauern machen, weil die Mehrheit der Bauern sie sowieso wählt und die SPÖ muss nichts für die Bauern machen, weil die Bauern sie sowieso nicht wählen. Dieses verkrustete System muss aufgebrochen werden, das geht nur mit uns!

INTERNET UND ELEKTRONISCHE STEUERUNGEN:

Digitalisierung der Landwirtschaft - Chancen & Risiken

Auch in der Landwirtschaft ist die Digitalisierung nicht mehr aufzuhalten. Das Arbeiten ohne elektronische Steuerungen und Internet ist kaum mehr vorstellbar. Digitalisierung birgt aber auch Gefahren, wenn es etwa um den „gläsernen Betrieb“ oder den Einfluss von „Blackouts“ geht.

Zunächst ist die Frage, in welchen Bereichen datenbasierte, vernetzte Anwendungen sinnvoll und umsetzbar sind. Es gibt unterschiedlichste sinnvolle Einsatzbereiche wie z. B. die Ermittlung der optimalen Düngung per Satellit, die Befliegung von Wäldern zur Beobachtung der Borkenkäferentwicklung, oder die analytische Früherkennung von Krankheiten. Auch das Internet bietet enorme Möglichkeiten: So können alle Geräte miteinander vernetzt werden und kommunizieren. Wie es bereits möglich ist, die Kaffeemaschine per Handy-App zu

steuern, können auch in der agrarischen Anwendung etwa Bewegungsmuster von Fahrzeugen analysiert, automatisiert und optimiert werden. Es ergeben sich also auch für die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Oberösterreich die Chancen durch die Digitalisierung. Doch wo Licht ist, da gibt es natürlich auch Schatten. Zunächst steigt durch den zunehmenden Einsatz der Digitalisierung auch

die Abhängigkeit von diesen Anwendungen. Sollte es etwa zu einer Störung – wie etwa einem lang anhaltenden Stromausfall, oder anderen technischen Störungen – kommen, so wäre der Bauer nicht mehr handlungsfähig. Das gleiche gilt übrigens auch für missbräuchliche Anwendung. Wenn jemand einen Betrieb „hakt“, dann birgt das enorme Gefahren, wie etwa Datenverlust.



Foto: stock.adobe.com

„KLIMASCHÜTZER“ SUCHEN SCHULDIGE

Klimaschutzdebatte über Rolle der Landwirtschaft

In der aktuellen Klimadebatte werden unsere Bauern pauschal beschuldigt, einen Großteil der Treibhausgase auszustößen - die Kritik ist nicht stichhaltig.

In dem jüngst präsentierten Sonderbericht des Weltklimarates IPCC wurde festgestellt, dass Land- und Forstwirtschaft sowie andere Formen der Landnutzung global für 23% der Treibhausgasemissionen verantwortlich seien. Greenpeace machte daraufhin die Landwirtschaft und

die Fleischproduktion gleich für 37% der Emissionen verantwortlich und forderte eine radikale Wende in der globalen Landnutzung.

Agrarexperten widersprechen den selbsternannten Klimaschützern. Die Landwirtschaft in Österreich ist laut aktuellem Klimaschutzbericht nur für 10% der Treibhausgase verantwortlich. Die Äcker binden zudem eine große Menge CO₂. Der tägliche Verlust von Ackerflächen durch die Bodenversiegelung verschärft die Situation.



Foto: pixabay.com



DEN GANZEN HERBST ÜBER:

Kammerspitze im Gespräch

Die neue Kammerführung möchte mit verschiedenen Bezirksveranstaltungen in das direkte Gespräch mit den Bauern treten. Kammerdirektor Mag. Karl Dietachmair und LK-Präsidentin LABg. Michela Langer-Weninger stehen den Herbst über für Gespräche zur Verfügung. Es soll ausreichend Gelegenheit zur Diskussion geboten werden. Infos unter <https://ooe.lko.at>

Foto: pixabay.com



TROTZ DEM SCHEITERN DER ALTEN BUNDESREGIERUNG,
WILL DIE LANDWIRTSCHAFTSKAMMER DIE ENTLASTUNGEN
MIT DER NEUEN REGIERUNG AUF DEN WEG BRINGEN.

LANDWIRTSCHAFTSKAMMER STELLT SCHWERPUNKTE VOR

Agrarpolitischer Herbst

Die im Frühjahr aufgekündigte Regierungsvereinbarung zwischen FPÖ und ÖVP und die aktuelle innenpolitische Situation haben erhebliche negative Rückwirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft. Damit wurden wichtige, ursprünglich bereits ausverhandelte bäuerliche Vorhaben in Frage gestellt.

Das ursprüngliche Steuerreformpaket sah für die Land- und Forstwirtschaft eine gesamte Entlastung von 120 Millionen Euro vor. Ziel der Landwirtschaftskammer ist es, diese Entlastungsmaßnahmen nach dem Scheitern der alten Bundesregierung neu auf den Weg zu bringen. Ein im Parlament liegender Initiativantrag sieht trotz der erfolgten Aufkündigung der bisherigen Regierungsvereinbarung die Umsetzung der ersten Etappe des Steuerre-

STEUERREFORM

formvorhabens „Entlastung Österreichs“ vor. Als Kernmaßnahme ist eine Senkung des Beitragssatzes in der Krankenversicherung um 0,85 Prozentpunkte (7,65 auf 6,8 Prozent der Beitragsgrundlage) mit einem Entlastungsvolumen von bundesweit 24,3 Millionen Euro vorgesehen. Zudem sollen auf Basis des zur Entscheidung anstehenden Initiativantrages Anträge zur Umsatzsteueroption bäuerlicher

Betriebe künftig bis zum 31. Dezember des Folgejahres möglich sein.

Viele kleinere bäuerliche Betriebe, insbesondere Nebenerwerbsbetriebe, können ihre Sozialversicherungsbeiträge oft nicht mehr aus den Einkünften der Land- und Forstwirtschaft erwirtschaften. Aufgrund einer hohen Mindestbeitragsgrundlage bei der pauschalen Beitragsberechnung und einer noch höheren Mindestbeitragsgrundlage sowie einem 3-prozentigen Aufschlag bei der SV-Beitragsgrundlagenoption sind bisher Kleinbetriebe mit einer untragbaren Kostenbelastung konfrontiert. Die Landwirtschaftskammer fordert daher schon länger eine Angleichung der Mindestbeitragsgrundlagen in der Krankenversicherung mit den Regelungen der gewerblichen Sozialversiche-

rung. Auch im Hinblick auf die bevorstehende Fusion der bäuerlichen Sozialversicherung mit der gewerblichen Sozialversicherung zur SVS soll die Mindestbeitragsgrundlage auf das Niveau der ASVG-Mindestbeitragsgrundlage von aktuell 446,81

SV-BEITRÄGE

Euro abgesenkt werden. Im pauschalen System würde das ein Absenkung der bisherigen Mindestbeitragsgrundlage von 4.100 Euro auf künftig 2.200 Euro Einheitswert bedeuten. Von dieser Entlastung würden in Oberösterreich ca. 5.000 Klein- und Kleinstbetriebe mit bis zu 347 Euro jährlich profitieren. Gleichzeitig soll die KV-Mindestbeitragsgrundlage in der Sozialversicherungsoption ebenfalls auf dieses Niveau abgesenkt werden.



ES IST UNERLÄSSLICH,
DASS DEN LANDWIRTEN WIEDER
MEHR IM BÖRSERL BLEIBT.



KOMMENTAR

Ing. Franz Graf

ENTLASTUNGEN FÜR BAUERN

Die Einkommenssituation der Landwirtschaft ist im Vergleich zur außerlandwirtschaftlichen keine Gute. Der Grüne Bericht 2018 dokumentiert ein Minus von 10 %, ausgehend von einem ohnehin niedrigen Niveau. Eine Entwicklung die nicht schönzureden ist. Es braucht daher dringend Maßnahmen, um hier gegenzusteuern. Eine Richtungsänderung der europäischen Agrarpolitik muss daher in der neuen GAP nach 2020 ihren Niederschlag finden. Mit Degression und Capping muss hier endlich eine unionsweite Umverteilung von Großlandwirtschaften zu den kleinen und mittleren Betrieben stattfinden und das Dogma einer mit Weltmarktpreisen konkurrierenden EU-Landwirtschaft aufgelöst werden. Es gilt die europäische Agrarpolitik auch in ihrem Markt europäisch zu denken und zu positionieren. Allein mit einer europäischen Eiweißstrategie kann etwa die Eigenversorgung und Krisensicherheit gestärkt werden. Würden die zahlreichen Marktverwerfungen entschärft werden, könnte auch der Spielraum für die Chance auf faire Produktpreise für uns Bauern geschaffen werden. Bis es soweit ist, brauchen die Bauern finanzielle Entlastung auf nationaler Ebene. Daher haben wir in der letzten Vollversammlung eine Resolution auf eine Entlastung bei den SV-Beiträgen und bei den Einheitswerten eingebracht. Leider erkannte die Bauernbundfraktion diese Notwendigkeit nicht und lehnte den Antrag ab.



**FREIHEITLICHE
BAUERNSCHAFT**
OBERÖSTERREICH

WERDEN SIE MITGLIED IN DER FREIHEITLICHEN BAUERNSCHAFT OÖ

Wir kämpfen für die Interessen unserer Landwirte.
Werden Sie Teil dieser starken Gemeinschaft und genießen Sie die
exklusiven Vorteile, die wir unseren Mitgliedern bieten:

TOP INFORMIERT MIT DER ZEITUNG
„DER FREIE BAUER“



FACHTAGUNGEN



PODIUMSDISKUSSSIONEN



STAMMTISCHE



Senden Sie uns einfach eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten.
Wir schicken Ihnen die Beitrittsunterlagen zu:

beitritt@fb-ooe.at

LKR LAbg. Ing. Franz Graf
Landesobmann der
Freiheitlichen Bauernschaft

**Freie Bauern.
Starkes Land.**